## AbgeordnetenhausBERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

## Hauptausschuss

52. Sitzung

22. November 2023

Beginn: 12.06 Uhr Schluss: 17.05 Uhr

Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
- Überweisungen an die Unterausschüsse,
- Konsensliste,
- sonstige geschäftliche Mitteilungen,
   soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
   sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

André Schulze (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion würde gern die rote Nr. 1304 zur interministeriellen Arbeitsgruppe zum Sondervermögen von der Konsensliste nehmen und auf die Sitzung vertagen, in der das Errichtungsgesetz erneut aufgerufen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, er stelle Einvernehmen darüber fest, dass entsprechend verfahren werden könne.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Tagesordnungspunkt 1 B auf die Sitzung am 29. November 2023 zu vertagen.

Redaktion: Plenar- und Ausschussdienst, Tel. 2325-1450 bzw. quer 99407-1450

#### Finanzen – 15

## Punkt 1 der Tagesordnung

Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs

#### hierzu:

I.	Empfehlung des UA VermV vom 22.11.2023 Vermögensgeschäft Nr. 10/2023 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte	1310 Haupt
II.	Empfehlung des UA VermV vom 22.11.2023 Vermögensgeschäft Nr. 8/2023 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte	1311 Haupt
III.	Empfehlung des UA VermV vom 22.11.2023 Ankauf des Grundstücks Ferdinand-Schultze-Str. 71 in Berlin Lichtenberg gemäß § 64 Absatz 2 Nr. 1 lit. a) Landeshaushaltsordnung analog (Kaufpreis über 3 Mio. €) und Zuweisung zum Sondervermögen des Landes Berlin (SILB) gemäß § 1 Absatz 2 SILB-Errichtungsgesetz	1312 Haupt

b) Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, er gratuliere der neuen Vorsitzenden des Unterausschusses Vermögensverwaltung Derya Çağlar herzlich zur Wahl.

Derva Cağlar (SPD) informiert, der Unterausschuss Vermögensverwaltung habe am Vormittag die vorliegenden roten Nrn. 1310 und 1311 einstimmig beschlossen und der roten Nr. 1312 mit Enthaltung der AfD zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt, die roten Nrn. 1310, 1311 und 1312 gemäß der Empfehlung des Unterausschusses anzunehmen, und empfiehlt jeweils die Dringlichkeit.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, zu b) liege keine Empfehlung vor.

## Punkt 1 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – <u>1296</u> Drucksache 19/1254 Haupt

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und der Berliner Heilverfahrensverordnung infolge der Aufhebung des Bundesversorgungsgesetzes

Ohne Aussprache empfiehlt der **Ausschuss** die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1254 und empfiehlt die Dringlichkeit.

## Punkt 1 B der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – <u>1297</u> Drucksache 19/1273 Haupt

Gesetz zur besoldungsrechtlichen Anhebung von Spitzenämtern

Vertagt.

## Punkt 1 C der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1255
Haupt

Gesetz zur Erhöhung der Zweitwohnungsteuer im Land Berlin

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 19/1255 ohne Aussprache ab.

#### **Bezirke**

## Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben BA Lichtenberg – SGA II 3 – vom 10.10.2023 <u>1287</u> Haupt

Grünzug Rudolf-Seiffert-Straße südl. Teilbereich Antrag zur Aufhebung einer Sperre

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2022/2023 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 15 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/2023

Dennis Haustein (CDU) merkt an, laut dem Schreiben sei vorgesehen, ein abwechslungsreiches, gendergerechtes Angebot zu schaffen und Angsträume zu beseitigen. Er bitte um eine Auskunft zu den Maßnahmen, zumal die Spielplätze, wie auch ausgeführt werde, erst kürzlich

instand gesetzt worden seien. Welche Arbeiten seien genau geplant? Würden auch die Grillplätze mitbedacht, die nicht mehr benötigt würden, da sie aufgrund der Aufhebung der Ausnahmen vom Grillverbot durch den Amtsvorgänger obsolet geworden seien?

Bezirksstadträtin Filiz Keküllüoğlu (Bezirksamt Lichtenberg; Abtl. für Verkehr, Grünflächen, Ordnung, Umwelt und Naturschutz) stellt fest, die Fragen seien inhaltlicher und nicht finanztechnischer Art. Man befinde sich derzeit noch in der Planung. Die BPU sei geprüft worden. Die Maßnahme werde erst im ersten Quartal 2024 auf die Vergabeplattform gestellt werden, erst dann werde die Ausschreibung und die Vergabe erfolgen. Dann werde man in die Partizipation gehen. Die beauftragte Firma werde ihre Pläne den Anwohnerinnen und Anwohnern vorlegen, und es könnten Ideen eingebracht werden.

Zu den Angsträumen: Hier gehe es darum, Stellen in diesem Bereich, die dunkel seien, zu identifizieren und mit Maßnahmen für Sicherheit zu sorgen. Diese könnten baulicher Art sein oder Licht einsetzen, obwohl Beleuchtung in Grünanlagen nicht verpflichtend sei. Dies werde genauer betrachtet werden. Zu den Grillplätzen könne sie keine vorgreifenden Aussagen treffen, da sich dies im Prozess zeigen müsse.

Der Ausschuss stimmt dem Schreiben wie beantragt zu.

## Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

## Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – V G 3 – von 10.11.2023

Fortsetzung Sonderprogramm
"Beste (Lehrkräfte-) Bildung für Berlin"

Antrag zur Aufhebung einer Sperre
(Verpflichtungsermächtigungen 2023)

**Dr. Manuela Schmidt** (LINKE) erkundigt sich, ob für die Weiterentwicklung der Praxisphasen und den Modellversuch für ein duales Lehramtsstudium bereits das Konzept vorliege. Die Umsetzung sei bisher unklar. Sollte das Konzept vorliegen, würde sie es gern zur Kenntnis erhalten.

Für das Programm "Beste (Lehrkräfte-)Bildung" seien für 2024 und 2025 VE über je 6,5 Mio. Euro eingestellt, im Nachtragshaushalt entsperrt werden sollten aber nur 1,329 Mio. Euro per anno. Benötige man für den Rest keine Entsperrung, oder wie werde mit den Mitteln umgegangen? Nach aktuellem Stand seien die Mittel im Doppelhaushalt 2024/2025 noch einmal vorgesehen und gebe es zusätzliche VE über 10 Mio. Euro mit Fälligkeit in den Jahren 2024 und 2025. Brauche es dafür auch eine Entsperrung? In dem "Tagesspiegel"-Artikel zur Pressekonferenz der Koalition am 21. November 2023 würden sowohl die 5 Prozent Aufwuchs für die Hochschulverträge als auch die VE für die Sonderprogramme zur Lehrkräftebildung infrage gestellt. Daher wolle sie dazu auch noch einmal nachfragen.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) informiert, die angesprochenen Konzepte lägen vor. Wenn sie noch nicht zur Kenntnis gereicht worden seien, liefere sein Haus sie gern nach.

Zur Diskussion um die Höhe der Entsperrung: Es gebe gewisse Mittel, die sofort dringend notwendig seien, damit man beispielsweise gleich ab 1. Januar 2024 Personal einstellen und Verträge verlängern könne. Andere Maßnahmen könnten auch etwas später im Laufe des Jahres 2024 beschieden werden, ohne dass dies die Abläufe stören würde. Daher habe man sich auf die Dinge begrenzt, die jetzt absolut notwendig seien. – Die Frage zur Pressekonferenz könne er nicht ganz nachvollziehen. Die Senatorin habe dort die 5 Prozent genannt, dem habe er nichts hinzuzufügen.

Der Ausschuss stimmt dem Schreiben wie beantragt zu.

## Punkt 4 der Tagesordnung

## Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (2. Lesung)

Vorlage – zur Beschlusstassung –	<u>1100</u>
Drucksache 19/1100	Haupt(f)
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von	
Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025	
(Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)	
werden:	

#### Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 IKT-Titelliste 2024/2025	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 FM-Titelliste 2024/2025	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 <b>Gender Budgeting</b> <b>hier: konzeptionelle Weiterentwicklung</b> gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023  Gender Budgeting hier: Umsetzung gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt

d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 Entwicklung eines Gesamtkonzepts "Gender Budgeting Controlling" Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen – Teil 10c (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 <b>Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben</b> gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt
fl)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023  Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022 gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023  Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023  Bericht zum 30.09.2023  gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	O511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 <b>Kosten für Migration und Fluchtunterbringung</b> (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt
h)	Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023  Vorläufiger Jahresabschluss 2022  hier: Rücklagen und Sondervermögen  (Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023  und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)	0832 C Haupt

i)	Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022 gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG	0932 A-1 Haupt
j1)	Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022 (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 B Haupt
j2)	2. Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 04.10.2023 Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022 (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 D Haupt
j3)	Bericht SenFin – II LIP 1 – vom 17.10.2023 Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022 hier: Veranschlagte Ausgaben, die zukünftig über SIWA finanziert werden (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 E Haupt
k)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1187  Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027 (überwiesen zur Besprechung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs)	1150 Haupt
1)	Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 <b>Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023</b> gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0495 C Haupt

m)	Bericht SenFin – IV A – vom 18.10.2023	<u>1184</u>
	Personalaufwüchse, Umstrukturierungen sowie	Haupt
	Stellenbesetzungen und unbesetzte Stellen in der	
	Berliner Verwaltung	
	(Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	
n)	Bericht SenFin – IV A 22 – vom 18.10.2023	<u>0977 F</u>
	Ausstattung der Leitungsbereiche der	Haupt
	Senatsverwaltungen	
	(Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	
		400
o)	Vorlage – zur Kenntnisnahme –	<u>1205</u>
	Drucksache 19/1240	Haupt
	Bericht zum klimagerechten Haushalten	
	(Hauptverwaltung)	
	(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	
	del Fraktion Bundins 90/Die Grunen)	
p)	Bericht SenFin – II B 24 – vom 09.10.2023	0562 A
Ρ)	Bericht über die Summe der niedergeschlagenen	Haupt
	Forderungen	mapt
	gemäß Auflage B. 129 – Drucksache 19/0400 zum	
	Haushalt 2022/23	
	(in der 47. Sitzung am 18.10.2023 über die Konsensliste	
	zur 2. Lesung des Einzelplans 15 zurückgestellt)	
q)	Bericht SenInnSport – III E 22 – vom 24.10.2023	<u>0902 B</u>
_	Entwicklung des gesamten Fuhrparks unter	Haupt
	Berücksichtigung ökologischer Wirksamkeit	
	gemäß Auflage B. 25 – Drucksache 19/0400 zum	
	Haushalt 2022/23	
	Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme	

Vorsitzender Stephan Schmidt erläutert zum Verfahren, die Fraktionen seien gebeten worden, Änderungsanträge spätestens bis zum 21. November 2023 um 18 Uhr der Geschäftsstelle des Hauptausschusses zuzuleiten. Die eingegangenen Änderungsanträge seien jeweils den Titeln zugeordnet worden. Die Abstimmungsreihenfolge finde sich in der Gesamteinladung. Für die Fraktionen bestehe die Gelegenheit, ihre Änderungsanträge zu Beginn des jeweiligen Einzelplans übergreifend zu begründen. Die einzelnen Änderungsanträge seien jeweils dem zugehörigen Titel zugeordnet worden. Die angeforderten Berichte seien in der Tagesordnung entweder übergreifend zu Beginn des Einzelplans oder bei dem jeweiligen Kapitel oder Titel zugeordnet worden.

## Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

## hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 25 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.	1100 Y Haupt
b)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 28 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.	1100 AC Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 07 Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 12 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden (s. Gesamteinladung).	1100 BJ Haupt
d)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07 Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 12 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden (s. Gesamteinladung).	1100 BL Haupt
e)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 50 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden (s. Gesamteinladung).	1100 BO Haupt

## Mitberaten werden:

a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 2: Pauschale Minderausgaben
(Berichtsaufträge aus der 47. Sitzung vom 18.10.2023)

b) Bericht SenMVKU – III A 34 – vom 08.11.2023 Entwicklung des gesamten Fuhrparks unter Berücksichtigung ökologischer Wirksamkeit hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen 0902 C Haupt

(Berichtsauftrag aus der 44. Sitzung vom 04.10.2023) (in der 51. Sitzung am 15.11.2023 zur 2. Lesung des Einzelplans 07 am 22.11.2023 zurückgestellt)

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Fraktionen auf eine übergreifende Begründung ihrer Änderungsanträge verzichteten.

André Schulze (GRÜNE) erklärt, er erbitte zu Bericht Nr. 2 bis Mitte Februar 2024 einen Folgebericht zu den dann auf die Senatsverwaltungen entfallenden Anteilen der globalen Pauschalen Minderausgaben – PMA –, zum Stand der Auflösung und welche Titel dafür herangezogen würden. Außerdem werde seine Fraktion zum 24. November 2023 noch Fragen zur roten Nr. 1205 einreichen, die bis zum Ende des ersten Quartals 2024 beantwortet werden sollten. Hier handle es sich um den Bericht zur Hauptverwaltung. Ursprünglich sei auch ein Bericht zu den Bezirksverwaltungen angekündigt gewesen. Werde dieser noch kommen, und wenn ja, wann?

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde noch Fragen einreichen. Es werde ein schriftlicher Bericht angefertigt.

Torsten Schneider (SPD) äußert, im Februar werde es eine Fristverlängerung geben, das sei schon bekannt. Absehbare PMA in einer Größenordnung von über 1,5 Mrd. Euro, eventuell noch mehr, ließen sich nicht kurz nach Weihnachten substanziell auflösen. Die Bezirke hätten keine Pauschale Mehrausgabe gebildet, mit der sie die PMA hätten auflösen können. Dies sei klare Bürgermeisterverantwortung. Er erwarte frühestens im zweiten Quartal etwas, das besprochen werden könne. Er schlage daher vor, sich auf ein realistisches Verfahren zu verständigen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, damit seien der Bericht Nr. 2 sowie der Bericht rote Nr. 0902 C zur Kenntnis genommen.

## Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

### Titel 11902 – Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 3: Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 3 ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 42735 – Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen –

## Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u>

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 4: Mittelnutzung

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, ihre Fraktion begrüße die Stipendien grundsätzlich und hätte gern einen Folgebericht zum Ende des ersten Quartals 2024 zu der Frage, inwiefern die zwölf Stipendien auch vergeben worden seien. Eine andere Frage treibe sie schon länger um: Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhielten laut dem Bericht 850 Euro pro Monat. Als es noch Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im nichttechnischen Verwaltungsdienst gegeben habe, hätten diese eine ähnliche Summer erhalten. Dies sei über 20 Jahre her. Sie hätte gern eine Berechnung, wie man auf die 850 Euro im Monat komme und welche Überlegung dahinter liege.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, zu beiden Fragen werde zum Ende des ersten Quartals 2024 ein Bericht angefertigt. Damit sei der Bericht Nr. 4 zur Kenntnis genommen.

## Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 5: Titel 51925 Bericht 6: Brückenstraße 6 Bericht 7: Platz der Luftbrücke

Der Ausschuss nimmt die Berichte Nrn. 5, 6 und 7 ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

## hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023

hier: lfd. Nr. 1

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

hier: Ifd. Nr. 1

## Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 8: GPM Maßnahmen Projekte

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Es wird ein neuer Satz am Ende hinzugefügt: "Die Mittel sind u. a. dafür vorgesehen, die rechtlichen Voraussetzungen für ein Bonus-Malus-System für Tiefbauarbeiten im öffentlichen Straßenland zu prüfen."

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 1 der Stellungnahme 1100 AC sowie den Bericht Nr. 8 ohne Aussprache zur Kenntnis.

### Titel 54010 – Dienstleistungen –

### Mitberaten wird:

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 9: Medienabforderungen

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 9 ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

## hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 07
Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

## Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU - Z F 1 / ZF 1 - Ço - vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 10: Gesamtstädtische Zielvereinbarungen

**Hendrikje Klein** (LINKE) sagt, ihre Fraktion sei gespannt, wie es mit den Zielvereinbarungen weitergehe. Sie erbitte einen Folgebericht zum Ende des ersten Quartals 2024 mit einem Sachstandsbericht dazu, wie es um die Zielvereinbarungen im Bereich von SenMVKU stehe.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) ergänzt, er hätte in dem schriftlichen Bericht gern eine Frage zur Zielvereinbarung zur Grünanlagenpflege beantwortet. Dazu heiße es in Bericht Nr. 10:

In Zeiten knapper Ressourcen spielt der effektive Mitteleinsatz eine ... Rolle. Die Grundlage hierfür ist ein ... digitalisiertes Grünflächenmanagement. Zugleich müssen passgenaue qualifizierende Maßnahmen erprobt werden.

Was genau sei der Prozess im Rahmen dieser Zielvereinbarung? Seinem Verständnis nach sollten gemeinsam Qualitätsziele und die Ressourcen dafür definiert werden und dann die Bezirke in die Umsetzung gehen. Dies höre sich eher nach einem Entwicklungsprozess an. Wie würden die Zielvereinbarungen für die beschriebene Feinjustierung genutzt?

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, es werde zum Ende des ersten Quartals 2024 ein Bericht angefertigt. Damit sei der Bericht Nr. 10 zur Kenntnis genommen.

## Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 11: IT Dienstleistungen Va-IKT

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 11 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit sei <u>Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Politisch-Administrativer Bereich und Service – abgeschlossen.</u>

Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Grundsatz –

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und	<u>1100 Y</u>
	Klimaschutz vom 12. Oktober 2023	Haupt
	hier: lfd. Nr. 1	

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt hier: lfd. Nr. 2

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 12: Öffentliche Toiletten

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 800.000 € Ansatz 2025: + 800.000 € Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 1 der Stellungnahme 1100 Y sowie den Bericht Nr. 12 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit sei <u>Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Grundsatz – abgeschlossen.</u>

# Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –

## Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 13: Rückzahlung von Zuwendungen

Hendrikje Klein (LINKE) stellt die Frage, wann mit dem abschließenden Bericht des Gläubigerausschusses gerechnet werden könne. Sobald der Schlussbericht vorliege, hätte sie gern einen Folgebericht.

**Sybille Schultz-Hüskes** (SenMVKU) antwortet, sie könne leider nicht sagen, wann mit dem Bericht bzw. dem Abschluss des Insolvenzverfahrens zu rechnen sei. Es werde hoffentlich 2024 so weit sein. Dann werde man selbstverständlich einen Bericht vorlegen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, der Bericht werde unaufgefordert kommen, wenn er vorliege. Damit sei der Bericht Nr. 13 zur Kenntnis genommen.

#### Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärmminderung im Straßenland –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 2

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

Haupt

hier: 1fd. Nr. 3

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 250.000 € Ansatz 2025: - 250.000 € Der Ausschuss nimmt die Nr. 2 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54053 – Veranstaltungen –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u> Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 14: Veranstaltungen

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 14 ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 4

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

Haupt

hier: 1fd. Nr. 5

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 1.500.000 € Ansatz 2025: + 1.500.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 3: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes (neu)

2024: 900.000 € 2025: 900.000 €

TA 5: Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus (neu)

2024: 1.250.000 € 2025: 1.250.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 4 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt

hier: 1fd. Nr. 3

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 150.000 € Ansatz 2025: + 150.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 3 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II –BENE II- (Förderperiode 2021-2027) –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 5

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 7

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 1.000.000 € Ansatz 2025: - 1.500.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 5 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II – BENE II – (Förderperiode 2021-2027) –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 6

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

1100 BO Haupt

hier: 1fd. Nr. 6

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u>

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 15: BENE 2

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 1.000.000 € Ansatz 2025: - 1.500.000 €

André Schulze (GRÜNE) erklärt, er würde gern einen Folgebericht zur Jahresmitte 2024 auslösen mit dem dann aktuellen Stand der für 2024 aus den beiden Titeln finanzierten bzw. noch geplanten Maßnahmen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dazu werde zum Ende des ersten Halbjahrs 2024 ein Bericht angefertigt. Damit seien die Nr. 6 der Stellungnahme 1100 Y sowie der Bericht Nr. 15 zur Kenntnis genommen. <u>Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz – sei somit abgeschlossen.</u>

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU - Z F 1 / ZF 1 - Ço - vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 16 und 17: Zweckausgabenpauschale

Hendrikje Klein (LINKE) stellt fest, in Bericht Nr. 16 gehe es um die Brunnen, über die im Ausschuss schon öfter beraten worden sei. Warum stehe so wenig Geld dafür zur Verfügung, diese wieder fit zu machen? Wie werde gewährleistet, dass, wie vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – BBK – angeregt, die noch funktionierenden Brunnen gleichmäßig verteilt würden? Hätten SenFin und SenMVKU noch andere Optionen eruiert,

als den Bezirken die Globalsumme noch weiter zu kürzen? Welchen Beitrag könnten die Wasserbetriebe gegebenenfalls über Eigenmittel leisten?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) legt dar, man müsse zwischen den Bundes- und den Landesbrunnen unterscheiden. Bei beiden sei man aber in der Situation, dass sowohl der Bund als auch das Land festgestellt hätten, dass die Schwengelpumpen als Trinkwassernotbrunnen durchaus problembehaftet seien. Sie seien sehr wartungsintensiv, würden oft durch Vandalismus zerstört und böten aus Sicht der Verwaltung nicht wirklich eine vernünftige Sicherheit für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung im Katastrophen- und im Verteidigungsfall. Sowohl der Bund als auch das Land erarbeiteten derzeit neue Konzept, wie man die Bevölkerung sinnvoll versorgen könne. Die Schwengelpumpen als Trinkwassernotbrunnen würden dabei sicher ein Aspekt sein, man werde aber viel mehr Maßnahmen brauchen, um eine höhere Sicherheit zu gewährleisten. Das Land wolle das System der Landesbrunnen auf ganz neue Füße stellen, und der Bund das System seiner Brunnen ebenfalls. Das Trinkwassernotbrunnensystem müsse evaluiert werden. Es werde immer welche geben, aber deren Anzahl werde sich möglicherweise verändern. Der Bund sei schon etwas weiter; die Tendenz gehe dahin, sich von den Bundesbrunnen zu verabschieden. Dann wäre das Land gefordert, diese möglicherweise mit zu übernehmen. Sie würde diesen Schritt der Überarbeitung erst einmal abwarten wollen. Im Laufe des Jahres 2024 werde vor allem das Land Berlin eventuell ein klares Konzept haben, und auch der Bund werde sich bis dahin etwas detaillierter geäußert haben. Der Prozess, um die bisherige katastrophale Notversorgung grundsätzlich zu verändern, sei gerade gestartet worden.

Hendrikje Klein (LINKE) sagt, sie finde es gut, das Thema genauer zu betrachten, um mehr Sicherheit zu erreichen. Sie hätte gern einen Folgebericht zum Herbst 2024 mit dem Sachstand, wie die Evaluierung abgelaufen sei und was geplant sei. Interessant sei allerdings, wie die Wasserversorgung im Katastrophenfall bis dahin funktionieren würde.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, es werde zum Ende des dritten Quartals 2024 ein Bericht angefertigt.

**Dr. Birgit Fritz-Taute** (SenMVKU) schlägt vor, der Bericht könnte auch unaufgefordert eingereicht werden. Auf jeden Fall werde es im Laufe des Jahres 2024 eine Rückmeldung geben.

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, damit sei sie einverstanden.

**Sven Heinemann** (SPD) bemerkt, in den Haushaltsberatungen sei es gelungen, das, was schon lange angestrebt worden sei, umzusetzen und das System in Zukunft von den Wasserbetrieben warten zu lassen. Er schlage daher vor, den Bericht für Ende 2024 anzufordern. Nach einem Jahr seien vielleicht auch die Wasserbetriebe schon aussagefähig.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht zu Ende 2024 erstellt werde. Damit seien die Berichte Nrn. 16 und 17 zur Kenntnis genommen.

Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen –

Mitberaten wird:

- bk -

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 17 A: Restebildung 0720/42890

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 17 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

## Mitberaten wird:

Bericht SenMVKU – II B 26 – vom 23.10.2023

Vergabe des Projektes "Grundstücksübergreifende

Lösungen der Regenwasserbewirtschaftung"

(Berichtsauftrag aus der 28. Sitzung vom 23.11.2022)

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 0656 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54010 – Dienstleistungen –

hier: lfd. Nr. 8

#### hierzu:

a)	Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 7	Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07	1100 BO Haupt

### Mitberaten wird:

Bericht SenMVKU – II AbtL – vom 18.10.2023	<u>0776 A</u>
Konzept "Gewässernutzung und Naturschutz"	Haupt
(Berichtsauftrag aus der 20. Sitzung vom 03.06.2022)	

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 100.000 € Ansatz 2025: + 100.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 11: Grundwassermanagement von Berlin gemäß Berliner Wassergesetz und Grundwassersteuerungsverordnung (...):

2024: 200.000 € 2025: 200.000 €

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 7 der Stellungnahme 1100 Y sowie den Bericht rote Nr. 0776 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 8

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 9

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 200.000 € Ansatz 2025: - 200.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 8 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

### Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: 1fd. Nr. 9

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 10

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 700.000 € Ansatz 2025: + 1.300.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 7: Für den Betrieb der Regenwasseragentur

2024: 1.100.000 € 2025: 1.200.000 €

TA 8: Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender (neu)

2024: 1.800.000 € 2025: 2.300.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 9 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 67189 – Kostenersatz an Länder für das Wasserspeichersystem LOHSA II –

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 10

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 300.000 € Ansatz 2025: - 300.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 10 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit sei <u>Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –</u> abgeschlossen.

## Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Verkehr –

### Mitberaten werden:

a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

<u>hier:</u> Bericht 18: P+R- und B+R-Anlagen im Berliner Umland

Bericht 19: Leihfahrradsystem

Bericht 20: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen i 2030

Bericht 21 und 22: Sachstandsbericht zur Errichtung der

Landesanstalt für Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)

(vertrauliche Anlage – nur für den Datenraum)

Bericht 23: Vergabe der Verkehrsleistungen

Bericht 25: Straßenbahnneubau in der Leipziger Str.

Bericht 26: Berlkönig

Bericht 27: Schäden an der Berliner U-Bahn

Bericht 28 und 29: Umsetzung Verkehrskonzept

16. Bauabschnitt A 100

Bericht 1: Radverkehr infraVelo

Bericht 30: Fördermittel und Planungskosten des Rad-

wegeausbaus

Bericht 31: Maßnahmen zur Verbesserung des Radver-

kehrs

Bericht 32: Verbesserung der Infrastruktur für den Rad-

verkehr

Bericht 33: Verbesserung Infrastruktur Fußverkehr

Bericht 34: Verkehrssicherheit und Verbesserung des

Fußverkehrs

Bericht 35: Masterarbeit – Bauleistungen FGÜ

b) Bericht SenMVKU – IV A 1 – vom 30.09.2023

Regulierung von Mietfahrzeugen nach Straßengesetz

gemäß Auflage B. 53 – Drucksache 19/0400 zum

Haushalt 2022/23

Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

<u>1289</u>

Haupt

Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage zum Bericht 22

0626 B

Haupt

Rolf Wiedenhaupt (AfD) moniert hinsichtlich des Berichts Nr. 18, die Abgeordneten sollten offenbar nichts über die Vorhabenliste erfahren. In der Vergangenheit habe es bekanntermaßen diverse Probleme in der Abstimmung mit dem Land Brandenburg gegeben. Insofern wäre es wichtig, diese Liste zu bekommen. Es wäre auch möglich, sie im Datenraum vorzulegen.

Hendrikje Klein (LINKE) merkt an, die Diskussion um die Potenzialliste sei eine "never ending story". Laut dem Bericht enthalte die Liste antrags- und bewilligungsbezogene Informationen. Diese könnten doch vor Einsichtnahme herausgenommen werden. Sie beantrage

daher noch einmal, die Liste zur Restelesung zu erhalten. Die Verwaltung solle "sich einfach einen Ruck" geben.

André Schulze (GRÜNE) sagt, er schließe sich den Ausführungen seines Vorredners und seiner Vorrednerin an. Die beiden möglichen Varianten, vertrauliche Vorlage oder Reduzierung des Informationsumfangs, seien aufgezeigt worden. Da die abgestimmte Projektliste für 2024 Ende Dezember 2023 vorliegen solle, bitte er ergänzend dazu um einen Folgebericht zum 24. Januar 2024 mit der abgestimmten Projektliste für 2024.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** bestätigt, dass dieser Berichtswunsch vorgemerkt sei. – Er bitte die Senatsverwaltung um eine Einschätzung, wie mit der Aufstellung umgegangen werden könne.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) erklärt, hierzu bestehe ein enger Austausch mit dem Land Brandenburg. Im Bericht sei ausgeführt worden, dass es sich um eine Potenzialliste handle. Das Interesse beziehe sich vermutlich darauf, welche Projekte geplant seien. Ihr Haus verstehe das Anliegen, bereits zu einem frühen Zeitpunkt Informationen dazu zu erhalten. Sie biete an, mit dem Land Brandenburg zu erörtern, wie man diesem Informationsbegehren so gerecht werden könne, dass die antrags- und bewilligungsbezogenen Informationen nicht enthalten seien und trotzdem erkennbar sei, welche Projekte sich im Zulauf befinden könnten. So verstehe sie dieses Anliegen, und sie würde vorschlagen, gemeinsam mit Brandenburg einen Weg zu finden.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe Einvernehmen darüber, dass so verfahren werden könne.

**Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz** (SenMVKU) fügt hinzu, bis zur Restelesung werde man eine solche Abstimmung mit dem Land Brandenburg schwerlich zustande bringen. Sie würde anbieten, dies im Rahmen der für Januar vorgesehenen Berichtspflicht zu machen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, Berichtsdatum sei, wie bei dem vom Abgeordneten Schulze gewünschten Bericht, der 24. Januar 2024. Damit seien der Bericht Nr. 18 sowie die Berichte Nrn. 19 und 20 zur Kenntnis genommen.

André Schulze (GRÜNE) bekundet mit Bezug auf die Berichte Nrn. 21 und 22, er wolle gern einen Folgebericht zum Jahresende 2024 auslösen über den dann aktuellen Stand der Aufnahme von Krediten und der Beschaffung von Fahrzeugen durch die LSFB.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, es werde ein schriftlicher Bericht angefertigt. Damit seien die Berichte Nrn. 21 und 22 sowie der Bericht Nr. 23 zur Kenntnis genommen.

André Schulze (GRÜNE) konstatiert, der Bericht Nr. 25 sei sehr schmal gehalten. Die M 10 zum Hermannplatz habe es gar nicht in den Bericht geschafft. Was zu A 100 wirklich gemacht werden solle, sei ihm auch nicht klargeworden. Auch was bisher an Planungen erfolgt sei, sei bis auf die Grundlagenermittlung nicht ausgeführt. Seine Frage sei daher, welche neuen Annahmen bezüglich des 17. Bauabschnitts der A 100 jetzt zugrunde gelegt würden, die bisher in den Untersuchungen nicht zugrunde gelegt worden seien, und ob sich die jetzige Untersuchung nur auf die Route durch die Leipziger Straße beziehe oder auf alle elf alternati-

ven Trassen, die in der Vergangenheit bereits geprüft worden seien. Wenn laut dem Bericht die Auswirkungen auf den Zeit- und Kostenplan nicht benannt werden könnten, hätte er zumindest die Frage, bis wann die Überprüfung, die jetzt durchgeführt werde, abgeschlossen sein solle.

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, sie schließe sich den Fragen des Abgeordneten Schulze an. Die Beantwortung sei so schmal ausgefallen, dass man annehmen könne, SenMVKU habe gar keine Lust mehr, Straßenbahntrassen zu bauen. Ihre Fraktion würde auch interessieren, wann die Verwaltung mit einigen Prüfungen oder Überlegungen so weit sein werde, dass sie etwas umfassender antworten könne.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) unterstreicht, bekanntermaßen würden Straßenbahnplanungen fortgeführt. Derzeit finde die Überprüfung der Zahlen statt. Die geplante Trasse der M 10 würde durch den Görlitzer Park führen. Man habe daher eine Prüfbitte an SenInnSport gerichtet zu der Frage, ob hier aus kriminaltechnischer Sicht etwas zu beachten sei, und rechne mit einer kurzfristigen Rückmeldung dazu.

Hendrikje Klein (LINKE) stellt fest, es habe noch keine Antwort auf die Frage gegeben, wann Auswirkungen auf den Zeit- und Kostenplan benannt werden könnten. Sie bitte daher um einen Folgebericht bis zur Sommerpause 2024, wie es mit der M 10 und der Leipziger Straße weitergehen solle.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dazu werde zum Ende des ersten Halbjahrs 2024 ein Bericht angefertigt. Damit seien die Berichte Nrn. 25 und 26 zur Kenntnis genommen.

**Hendrikje Klein** (LINKE) merkt an, aus Bericht Nr. 27 gehe hervor, dass dem Senat nicht bekannt sei, inwiefern mögliche Vorhaben U-Bahn-Tunnel gefährden könnten. Möglicherweise wüssten die Bezirke mehr. Sie bitte darum, die Bezirke abzufragen, ob sie etwas dazu aussagen könnten, wo es potenziell gefährdete U-Bahn-Tunnel geben könnte.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, auch hierzu werde zum Ende des ersten Halbjahrs 2024 ein Bericht angefertigt. Damit sei der Bericht Nr. 27 zur Kenntnis genommen.

Christian Goiny (CDU) erklärt, bezüglich der Berichte Nrn. 28 und 29 bitte er um einen Folgebericht mit einer Darstellung dazu, ob und welche alternativen Planungen es seitens des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg gebe, wie man diese Flächen gestalten würde, wenn dort keine Autobahnverlängerung gebaut würde, insbesondere unter Berücksichtigung der vorhandenen Clubstandorte versus voranrückender Wohnbebauung. Wie sei sichergestellt, dass Clubs, die nicht direkt auf der geplanten Autobahntrasse lägen, in ihrem Bestand gesichert würden – sowohl beim Bau der A 100 als auch, wenn die A 100 nicht gebaut würde?

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dazu werde zu Ende Februar 2024 ein schriftlicher Bericht angefertigt.

**Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz** (SenMVKU) weist darauf hin, dass der Bericht sich mit dem 16. Bauabschnitt befasse. Habe sie es richtig verstanden, dass die Frage des Abgeordneten Goiny sich auf den 17. Bauabschnitt beziehe?

Christian Goiny (CDU) bejaht dies. Daher richte sich die Frage an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der dann vermutlich planungsrechtlich verantwortlich sei.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bemerkt, Bericht Nr. 29 befasse sich mit der weiträumigen Konzeptentwicklung zum 16. Bauabschnitt. Im letzten Satz der Antwort heiße es, dass die verkehrlichen Untersuchungen im Rahmen der vorbezeichneten Planfeststellung gewürdigt und entschieden worden seien und bereits vorlägen. Ihm lägen sie allerdings nicht vor. Er bitte daher darum, diese Ergebnisse bis zur Restelesung zu erhalten.

André Schulze (GRÜNE) schickt voraus, er freue sich, dass auch dem Kollegen Goiny langsam Zweifel am 17. Bauabschnitt kämen. Den vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg erbetenen Bericht würde er im Hinblick auf die Sicherung der Clubstandorte gern um die Sicht der Kulturverwaltung ergänzen.

Die Frage des Abgeordneten Heinemann, wie die Verkehrslenkung über die Straßen erfolgen solle, sei ihm aus der Antwort des Berichts nicht klargeworden. Es seien zwar die Ampelstandorte aufgeführt, aber er bitte um einen Folgebericht mit einer Darstellung, wie die Verkehrslenkung auf den genannten Straßen insgesamt erfolgen solle.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass zum Berichtswunsch des Abgeordneten Goiny noch die Stellungnahme der Kulturverwaltung hinzugenommen werde. Der vom Abgeordneten Schulze gewünschte Bericht werde bis Ende Februar 2024 eingereicht.

**Sven Heinemann** (SPD) bekräftigt, dass in Bericht Nr. 28 die Beantwortung der Frage zur Verkehrslenkung an den besagten Knotenpunkten fehle und auch, mit welchen Kosten das verbunden sei. Er bitte darum, dies zur Sitzung am 18. Januar 2024 nachzureichen.

Da die Kollegen bereits einen Bericht zum 17. Bauabschnitt und zu den Grundstücken angefragt hätten, würde er um eine Gesamtübersicht bitten, in der nicht nur die Flächen des Landes Berlin, sondern auch die des Bundes, der Deutschen Bahn und des Bundeseisenbahnvermögens beleuchtet und tabellarisch aufgeliefert würden. Immerhin handle es sich insgesamt um mehrere Hunderttausend Quadratmeter zwischen der Spree und der Storkower Straße. Möglicherweise sei dies dann ein Bericht an den Vermögensausschuss.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde zum 24. Januar 2024 ein Bericht vorgelegt.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) bekundet, einige Fragen könne sie mündlich beantworten. Die verkehrlichen Untersuchungen, die vorlägen, seien im Rahmen des öffentlich zugänglichen Planfeststellungsbeschlusses getroffen worden. – Zu den Signalprogrammen: Kürzlich habe man erreicht, dass der Bund die Kosten übernehmen werde. – Da es eine Reihe von übergreifenden Fragen gebe, bitte sie darum, dazu zu Ende Februar 2024 umfassend berichten zu können.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass das Berichtsdatum auf Ende Februar 2024 festgelegt werde.

**Steffen Zillich** (LINKE) erklärt, bezüglich des 17. Bauabschnitts bitte er darum, dass der Senat auch darüber berichte, inwieweit es einen neuen Kenntnisstand hinsichtlich der Finanzierung durch den Bund gebe.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dies werde in den Bericht zu Ende Februar 2024 mit aufgenommen. Damit seien die Berichte Nrn. 28 und 29 sowie die Berichte Nrn. 1 und 30 zur Kenntnis genommen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) stellt fest, in Bericht Nr. 31 werde der geringe Mittelabfluss damit begründet, dass er neben den personellen Engpässen auch mit dem Förderprogramm "Stadt und Land" zusammenhänge. Man befinde sich in einer misslichen Lage: Wenn es mehr Förderung für "Stadt und Land" gebe, was man unbedingt in Anspruch nehmen wolle, würden gleichzeitig die eigenen Planungen zurückgestellt. Welche Maßnahmen würden getroffen, um eine höhere Förderung bei dem Sonderprogramm "Stadt und Land" nicht gleichzeitig mit einer geringeren Umsetzung der eigenen Programme einhergehen zu lassen?

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) erläutert, unabhängig davon, woher die Fördermittel kämen, die auch einer Kofinanzierung bedürften, komme es, wie auch die Bezirke bestätigten, zu personellen Engpässen. Sie wolle betonen, dass die Mittel anders als befürchtet nicht verfielen, sondern das neue Förderprogramm für die Förderperiode 2024 bis 2028 feststehe. Mit der Übertragung von Mitteln, die in dieser Förderperiode gebunden gewesen seien, aber aus besagten Gründen nicht hätten abgerufen werden können, werde man faktisch in der nächsten Förderperiode sogar mehr Mittel des Bundes zur Verfügung haben. Am Ende komme es immer darauf an, dass die Kapazitäten vorhanden seien, die Projekte auch umzusetzen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) bemerkt, dies sei gar nicht ihre Frage gewesen. Sie habe die Frage sozusagen intern gemeint. Herr Wissing habe auch noch einmal darauf hingewiesen, dass die Länder die Mittel, die der Bund zur Verfügung stelle, nutzen sollten. Hier entstehe ein konkurrierendes Verhältnis. Wenn bei den Straßen- und Grünflächenämtern nur eine bestimmte Zahl von Personen zur Verfügung stehe, die sich kümmern könnten, könnten diese sich auf die "Stadt und Land"-Programme konzentrieren, was an sich gut sei. In der Antwort des Berichts heiße es aber:

Auch die Konzentration der Straßen- und Grünflächenämtern auf die in 2023 zusätzlich vorhandenen Mittel des Sonderprogramms Stadt und Land bei gleichbleibender personeller Kapazität in den Ämtern führt zu Verringerung der Mittelabflüsse.

Dies bedeute, dass, wenn man sich auf ein Programm konzentriere, auf der anderen Seite ein anderes Programm weniger durchgeführt werde. Dies sei eigentlich nicht das Ziel. Wenn mehr Fördermittel zur Verfügung stünden, wolle man damit auch mehr Radwege einrichten. Was gedenke der Senat zu tun, damit sowohl das eine als auch das andere mehr getan werden könne?

Lutz Adam (SenMVKU) erklärt, in Bericht Nr. 1 habe man dargelegt, dass geringere Mittelausgaben bei der infraVelo gerade auch durch die positive Förderung des "Stadt und Land"-Programms entstanden seien. Man habe zunächst einmal die Mittel für den Radwegeausbau veranschlagt, eine Förderung von 75 Prozent erhalten und insofern Eigenmittel nicht ausgegeben. So sei der Bericht zu verstehen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit seien der Bericht Nr. 31, die Berichte Nrn. 32 bis 35 sowie der Bericht rote Nr. 0626 B zur Kenntnis genommen.

## Titel 12207 – Nutzungsentgelte für die Überlassung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 36: Nutzungsentgelte und Haltestellen ZOB

Sven Heinemann (SPD) erklärt, seines Erachtens liege hier ein Missverständnis vor. Er habe nicht nach den Pachtzahlungen gefragt, sondern nach den Nutzungsentgelten und wie sich die Einnahmen aus der Nutzung durch die 39 im Bericht genannten Unternehmen entwickelt hätten. Sicher gebe es hierfür einen Tarif. Wie habe sich dieser entwickelt, als der ZOB im Bau gewesen sei, bzw. sei er gleich geblieben? Es habe auch Unternehmen gegeben, die geäußert hätten, dass sie den ZOB bei einer Erhöhung der Nutzungsentgelte nicht mehr anfahren würden. Damit verbinde sich die Frage, welche Möglichkeiten der Senat sehe, durch das neue Personenbeförderungsgesetz Anfahrten in größerem Umfang außerhalb des ZOB, wie im Bericht genannt am Alexanderplatz und am Südkreuz, zu unterbinden oder zumindest so zu regeln, dass auch hier Nutzungsentgelte fällig würden wie am ZOB.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) ergänzt, in dem Bericht werde ausgeführt, dass deshalb weiter die ermäßigte Pacht angefordert werde, weil der Umbau, insbesondere das Haus AC, noch nicht abgeschlossen sei und auch weiterhin nicht alle Haltestellen zur Verfügung stünden. Zu welchem Zeitpunkt sei abzusehen, dass das Haus AC bzw. die weiteren Haltestellen fertiggestellt sein würden? Sei dann vorgesehen, die Pacht zu erhöhen?

Guido Schötz (SenMVKU) schickt voraus, er wolle sich dafür entschuldigen, dass sein Haus die Frage des Abgeordneten Heinemann anders verstanden habe: Nutzungsentgelte für die Überlassung des ZOB seitens des Landes an die BVG. Insofern müsse dies bei der BVG abgefragt werden. Was die Situation für die Haltestellen im Stadtgebiet angehe: Durch die Lockerung des Fernbusmarktes gebe es keinen Zwangspunkt, um Unternehmen zu zwingen, den ZOB anzufahren. Die Haltestellen könnten durch die Bezirke in der Stadt errichtet werden; nur aus verkehrsgefährdenden Momenten könnte eine Haltestelle untersagt werden. Insofern dürfe nach derzeit geltender Rechtslage auch kein Entgelt erhoben werden. Die Fertigstellung des ZOB solle seines Wissens im ersten Quartal 2024 erfolgen. Damit wäre die Baustelle im weitesten Sinne abgeschlossen. Zum gleichen Zeitpunkt solle dann mit der BVG über die Anpassung der Nutzungsentgelte verhandelt werden.

Sven Heinemann (SPD) sagt, der Bericht könne eingereicht werden, wenn die neuen Nutzungsentgelte mit der BVG vereinbart seien.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, hierzu werde zum Ende des zweiten Quartals ein Bericht angefertigt. Damit sei der Bericht Nr. 36 zur Kenntnis genommen.

## Titel 16290 – Zinsen aus Zuschüssen für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 37: Zinsen

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 37 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 35916 – Entnahme aus der Rücklage Verstärkungsmittel –

in Verbindung mit

Titel 35918 – Entnahme aus der Rücklage Schienengebundener Verkehr und schienengebundener ÖPNV –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 38: Entnahme aus Rücklagen

André Schulze (GRÜNE) bekundet, hierzu hätte er gern einen Folgebericht zum Januar 2025, welche Maßnahmen im Jahr 2024 aus den beiden Rücklagen finanziert worden seien bzw. in welche Titel diese Rücklagen geflossen seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass dazu ein Bericht angefertigt werde.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, in den letzten Tagen sei der Presse zu entnehmen gewesen, dass es bezüglich der Umsetzung der Nahverkehrstangente Diskussionen zur Trasse gebe. Ihm sei bekannt, dass eine Trassierungsstudie existiere, die angeblich fertig sein solle. Er habe sie aber öffentlich nicht gefunden. Seiner Meinung nach wäre sie sinnvoll für den öffentlichen Diskurs, deshalb bitte er darum, zur Restelesung einen Bericht mit der Trassierungsstudie zu erhalten.

Dr. Imke Steinmeyer (SenMVKU) bestätigt, dass SenMVKU Studien zu Trassenlagen sowohl für den S-Bahn- als auch für den Regionalverkehr habe anfertigen lassen, die mit dem Thema TVO abgestimmt seien. Es handle sich um Bauplanungsunterlagen, die nicht öffentlich seien. Sie könne anbieten, diese im Datenraum auszulegen. Außerdem bereite ihr Haus derzeit eine Entscheidungsvorlage zum Systementscheid vor, also zum Votum dafür, ob man eine S-Bahn- oder eine Regionalverkehrsplanung weiterverfolgen solle. Hier liefen die abschließenden Untersuchungen, bis alle fahrplantechnologischen Überlegungen und Ähnliches vorlägen. Anschließend wolle man auf der Grundlage aller Unterlagen einen Entscheidungsvorschlag machen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, es herrsche Einvernehmen darüber, dass so verfahren werden könne. Damit sei der Bericht Nr. 38 zur Kenntnis genommen.

## Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs –

## hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	<u>1100 BJ</u>
Die Grünen zum Einzelplan 07	Haupt
hier: lfd. Nr. 2	-

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 39 und 40: Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Oda Hassepaß (GRÜNE) zitiert, in Bericht Nr. 39 heiße es eindeutig:

Dementsprechend wird derzeit von einem prognostizierten Mittelabfluss im Titel 52108 von 4,5 Mio. Euro zum Jahresende 2023 ausgegangen.

Dies sei die Hälfte von dem, was zur Verfügung stehe; ein Widerspruch zur Aussage des Senats, dass die Mittel gut abflössen. Ihre Fraktion stelle daher die Frage, ob dies nicht doch etwas mit dem Stopp während der Wochen im Sommer, in denen bestimmte Mittel nicht hätten umgesetzt und dementsprechend auch nicht hätten abfließen können, zu tun habe?

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) erklärt, im Sommer habe es eine kurzfristige Überprüfung gegeben, deren Ergebnisse innerhalb weniger Wochen mitgeteilt worden seien. Insofern könne sie diese Frage verneinen. Wie in den Vorjahren auch befinde man sich derzeit in einer Prognose. Viele Vorhaben befänden sich derzeit noch im Bau und in der Umsetzung. Sie biete an, zu Ende Januar 2024 die konkrete, belastbare Zahl mitzuteilen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass zu Ende Januar 2024 ein Bericht angefertigt werde.

**Sven Heinemann** (SPD) wirft ein, er bitte darum, dass in dem Bericht auch einmal dargestellt werde, wie der Mittelabfluss in den vergangenen sieben Jahren gewesen sei, um kein verzerrtes Bild zu erhalten. Hier werde durch die Grünen ein "völlig falscher Zungenschlag" hineingebracht. Es handle sich nicht um ein Problem der neuen Koalition.

Oda Hassepaß (GRÜNE) erklärt, dies weise sie zurück. Es gehe um die Antworten in dem Bericht. Es sei die Aussage getätigt worden, man werde mehr Radwege bauen als zuvor. Dies würde sich dann hier zeigen. Sie stimme der Staatssekretärin Dr. Stutz zu, dass man im Januar schauen solle, wie viele Radwege gebaut worden seien und ob die Mittel hätten abfließen können. Dann werde man aus ihrer Sicht einen guten Vergleich haben.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit seien die Berichte Nrn. 39 und 40 zur Kenntnis genommen.

## Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit –

## hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 2	1100 AC Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 3	1100 BJ Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 hier: 1fd. Nr. 12	1100 BO Haupt

## Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom	<u>1289</u>
09.11.2023	Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 41: SIWA Verlagerung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 3.000.000 € Ansatz 2025: + 3.000.000 € Nach dem Satz "Es handelt sich insbesondere um den Bau zusätzlicher Fußgangüberwege (Weiterführung des sog. "Zebrastreifenprogramms") und die Einrichtung anderer Querungshilfen (z. B. Mittelinseln und Gestaltung frei einsehbarer Kreuzungen, sog. Gehwegvorstreckungen)" wird folgender neuer Satz ergänzt: "Insbesondere sollen die von den Bezirken im Zuge einer Rahmenvereinbarung an die Senatsverwaltung übertragenen Umsetzungen bereits angeordneter Querungshilfen in einem Umfang von ca. 150 Stück (Stand: Oktober 2023) sowie auch temporäre Fußgängerüberwege finanziert werden."

André Schulze (GRÜNE) merkt an, man erhalte im Hauptausschuss seit der Sommerpause in fast jeder Sitzung eine Vorlage, in der darauf verwiesen werde, dass alles bereits am 11. Juli 2023 mit der SIWA-VII-Zuführung beschlossen worden sei, aber die entsprechende Vorlage sich noch in senatsinternen Abstimmungen befinde. Er frage daher SenFin, wann damit zu rechnen sei, dass diese Abstimmungen abgeschlossen sein würden und die Vorlage in den Hauptausschuss kommen werde.

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) informiert, die Abstimmungen würden zeitnah beendet werden. Man sei zuversichtlich, dem Hauptausschuss noch im Jahr 2023 einen entsprechenden Bericht und damit auch einen Antrag unterbreiten zu können.

Steffen Zillich (LINKE) äußert die Ansicht, das Problem sei, dass man in den Haushaltsberatungen bereits auf diese Liste Bezug nehme. Es werde also ein unterstellter Sachstand mitdiskutiert. Falls "im Jahr 2023" bedeuten sollte, dass es sich nicht mehr innerhalb der Haushaltsberatungen abspielen werde, müsste man zumindest einen Überblick erhalten, an welchen Stellen in der Haushaltsvorlage auf diesen nicht abgeschlossenen Prozess Bezug genommen worden sei und wo möglicherweise Korrekturen oder andere Darstellungen erforderlich seien.

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) betont, sie habe angekündigt, dass die Vorlage zeitnah kommen werde, eben weil es mit den Haushaltsberatungen zusammenhänge. Auch SenFin strebe selbstverständlich an, diese beiden Prozesse zusammenzubinden.

Steffen Zillich (LINKE) sagt, er bitte darum, die Vorlage mit einer Erläuterung zu verbinden, inwieweit aus bestimmten, hier im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutierten Vorhaben, die nicht enthalten seien, Konsequenzen entstünden. Die neue Vorlage dürfe die Bezüge nicht ins Leere laufen lassen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dies sei entsprechend vermerkt. Damit seien die Nr. 2 der Stellungnahme 1100 AC sowie der Bericht Nr. 41 zur Kenntnis genommen.

Titel 52122 – Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023

hier: 1fd. Nr. 3 und 4

1100 AC Haupt b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 07
Haupt

hier: 1fd. Nr. 4

c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 1.500.000 € Ansatz 2025: + 1.500.000 €

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 3 und 4 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 52133 - Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr -

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom  $\underline{1289}$  Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 42: Wirtschaftsverkehr

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 42 ohne Aussprache zur Kenntnis.

### **Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –**

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 5

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 14

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Nach dem Satz "Darüber hinaus sollen gemäß Drucksache 19/0400 Untersuchungen für übergreifende verkehrliche Untersuchungen, z. B. in den Räumen Nord-Ost und Süd-Ost, sowie das Verkehrskonzept 16. Bauabschnitt A 100 durchgeführt werden" wird folgender Satz ergänzt: "Zudem soll untersucht werden, ob und wie in Kooperation mit Betreibern von Sammelanlagen (Parkhäuser u. a.) die Verlagerung von Anwohnerparkplätzen vom öffentlichen Raum ermöglicht werden kann."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 5 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54010 – Dienstleistungen –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 6	1100 AC Haupt
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 1	1100 BL Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 15	1100 BO Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 20.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 13: Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrsplans (...):

2024: 200.000 € 2025: 200.000 €

TA 25: Baustellenkoordinierung östliche Innenstadt – Maßnahmenerfassung und -abstimmung.

Der Teilansatz-Titel wird wie folgt neu gefasst: "Strategische Planung von Infrastrukturmaßnahmen".

Der Ausschuss nimmt die Nr. 6 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 7	1100 AC Haupt
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 2	1100 BL Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 16	1100 BO Haupt

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom  $\frac{1289}{09.11.2023}$  Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 43: Waisentunnel Abstellanlagen

Bericht 44: ÖPNV-Finanzierung

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Nach dem vierten Anstrich "Tarifersatzleistungen für das VBB-Abo Azubi" werden zwei neue Anstriche hinzugefügt:

- "Maßnahmen zur Sicherheit und Sauberkeit an Bahnhöfen"
- "Einführung von Kiezbuslinien, u. a. in Blankenburg"

**Sven Heinemann** (SPD) bemerkt, aus Bericht Nr. 43 werde deutlich, dass die BVG bezüglich des Waisentunnels jetzt doch auf Haushaltsmittel zurückgreifen wolle und auf entsprechende Mittel der Bundesförderung. Er bitte daher zum 24. Januar 2024 um einen Bericht zum Sachstand beim Waisentunnel und zu der Frage, ob der Aufsichtsrat der BVG dem inzwischen zugestimmt habe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dazu werde zum 24. Januar 2024 ein Bericht angefertigt.

André Schulze (GRÜNE) sagt, in Bericht Nr. 44 werde darauf verwiesen, dass im Jahr 2024 die Revision des BVG-Verkehrsvertrags für die Jahre 2026 bis 2029 geplant sei. Wörtlich heiße es:

... hier muss aufgrund der aktualisierten Kalkulation der BVG die Vergütung angepasst werden bzw. angesichts der verfügbaren Finanzmittel über das Angebot entschieden werden.

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

Er bitte zum Ende des ersten Quartals 2024 um eine Darstellung dazu, unter welchen Maßgaben diese Revision des Verkehrsvertrags im Hinblick auf das Leistungsangebot erfolgen solle, und zum aktuellen Stand dieser Revision.

Hartmut Reupke (SenMVKU) äußert, er würde für beide gewünschten Berichte spätere Daten wählen, weil noch entsprechende Abstimmungen vorzunehmen seien. Er schlage deshalb vor, den Bericht zum Waisentunnel zu Ende Februar 2024 und den Bericht zum Verkehrsvertrag zum Ende des zweiten Quartals vorzulegen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, dass so verfahren werden könne. Damit seien die Nr. 7 der Stellungnahme 1100 AC sowie die Berichte Nrn. 43 und 44 zur Kenntnis genommen.

## Titel 54053 – Veranstaltungen –

## hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und	<u>1100 AC</u>
	Verkehr vom 18. Oktober 2023	Haupt
	hier: lfd. Nr. 8	

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

hier: Ifd. Nr. 17

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

TA 2 wird wie folgt neu gefasst:

"Veranstaltungen/Workshops im Rahmen verkehrspolitischer Zielsetzungen, nach Bedarf (z. B. Tag der Schiene, Sharing-Anbieter oder andere Themen)"

Der Ausschuss nimmt die Nr. 8 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

## Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

#### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum	<u>1100 BL</u>
Einzelplan 07	Haupt
hier: 1fd. Nr. 3	_

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

#### Titel 54060 – Aufwendungen für das Deutschlandticket –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 24 und 45: Deutschlandticket

André Schulze (GRÜNE) stellt fest der Bericht datiere vom 20. Oktober 2023. Inzwischen habe eine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden, die sich mit der Frage beschäftigt habe. Er bitte um eine mündliche Darstellung des aktuellen Standes oder um einen Folgebericht zu Ende Januar 2024 mit dem dann aktuellen Sachstand zur Finanzierung des Deutschlandtickets im Jahr 2024 und dem Anteil Berlins.

Hartmut Reupke (SenMVKU) gibt zu bedenken, Ende Januar 2024 werde man keinen besseren Informationsstand haben. Nach dem Beschluss der MPK sei klar, dass Bund und Länder das Ticket jeweils hälftig mit 1,5 Mrd. Euro finanzieren würden, sodass es bei den 3 Mrd. Euro bleiben werde. Bund und Länder suchten derzeit nach Wegen, wie man im Rahmen dieser verfügbaren Mittel das Deutschlandticket weiter ausgestalten könne. Dabei gehe es insbesondere um einen besseren Vertrieb, damit es besser angenommen werde und mehr Menschen davon profitierten, und andererseits müsse geschaut werden, wie man die Finanzierung in Gänze sicherstellen könne. Da man noch nicht genau wisse, wie hoch der Zuschussbedarf in diesem Jahr sein werde, benötige man etwas mehr Zeit. Derzeit werde nur über Prognosen gesprochen, die noch nicht vollständig belastbar seien.

**Oda Hassepaß** (GRÜNE) weist darauf hin, dass bezüglich des Semestertickets berichtet worden sei, dass es auch im Bund weitere Bestrebungen gebe, auch für die Berliner Studentinnen und Studenten Lösungen für ein vergünstigtes Semesterticket zu finden. – Bei der angesprochenen MPK habe Herr Dr. Wissing Unmut darüber geäußert, dass die Länder die 400 Mio. Euro, die noch zwischen Bund und Ländern zu teilen seien, nicht aufbringen könnten, Berlin sich aber für 300 Mio. Euro einen Alleingang beim AB-Ticket leisten könne. Was könne der Senat dazu berichten?

André Schulze (GRÜNE) erklärt, er überlasse es der Verwaltung, wann ein geeigneter Zeitpunkt für einen Folgebericht zur Darstellung der Finanzierung aus dem Jahr 2023, aber auch der Finanzierung für 2024 sei.

Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz (SenMVKU) berichtet, Berlin setzte sich gemeinsam mit allen anderen Ländern beim Bund weiterhin für das Semesterticket im Rahmen des Deutschlandtickets ein. Hierzu gebe es einen guten Vorschlag, der ein besonders gutes Angebot darstellen würde. – Bezüglich des 29-Euro-Tickets habe man gegenüber dem Bund deutlich machen können und Verständnis dafür geweckt, dass es sich hierbei um ein Ergänzungsprodukt handle, das nicht in Konkurrenz zum Deutschlandticket stehe. – Zum Ende des ersten Quartals 2024 könne man voraussichtlich bereits ein klareres Bild zeichnen, weil dann schon eine Reihe von Sitzungen stattgefunden haben werde.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht zum Ende des ersten Quartals 2024 angefertigt werde.

**Oda Hassepaß** (GRÜNE) wirft ein, das Ergänzungsangebot könne sie angebotsseitig gut nachvollziehen. Finanziell sei es aber natürlich kein ergänzendes, sondern ein konkurrierendes Angebot, weil man Geld, das man für das 29-Euro-Tickets ausgebe, nicht mehr für die Zuschüsse zum Deutschlandticket verwenden könne.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit seien die Berichte Nrn. 24 und 45 zur Kenntnis genommen.

# Titel 54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 9

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 18

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

#### Keine Ansatzänderung.

VE 2024: +800.000 € (Davon fällig: 2027: +800.000 €) VE 2025: +800.000 € (Davon fällig: 2029: +800.000 €)

Einfügung folgender Erläuterung nach dem Satz "Die darüber hinaus notwendigen Bestellungen von Leistungen zur Sicherstellung des innerstädtischen ÖPNV werden beim Titel 54045 nachgewiesen":

"Finanzierung des Kulturzugs Berlin-Breslau (derzeit) mit 800.000 €, Federführung 2025 beim Land Berlin (jährlich im Wechsel mit Brandenburg). (verbindliche Erläuterung)"

**Sven Heinemann** (SPD) kündigt an, dass seine Fraktion zu Bericht Nr. 9 noch Fragen zur Center Nahverkehr Berlin – CNB – einreichen werde.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass noch Fragen schriftlich eingereicht würden. Damit sei die Nr. 9 der Stellungnahme 1100 AC zur Kenntnis genommen.

# Titel 54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt

hier: lfd. Nr. 10

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 19

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom
09.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht 46: Leistungen des S-Bahnverkehrs
(vertrauliche Anlage – nur für den Datenraum)

1289
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der
Anlage zum Bericht
46

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzänderung.

Vor dem Satz "Außerdem berücksichtigt sind im Jahr 2024 die Kosten einer Verkehrserhebung im S-Bahn-Netz über 1 Mio. Euro" wird folgender Satz neu eingefügt: "Der Leistungsumfang umfasst zudem Maßnahmen zur Sicherheit und Sauberkeit an Bahnhöfen."

**Hendrikje Klein** (LINKE) weist darauf hin, dass die LSFB am 1. Dezember 2023 auch Thema im Unterausschuss Bmc sein werde. Sie bitte daher darum, die Berichte Nrn. 21, 22 und 46 dorthin zu überweisen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, es bestehe Einvernehmen darüber, wie vorgeschlagen zu verfahren. Damit seien die Nr. 10 der Stellungnahme 1100 AC sowie der Bericht Nr. 46 zur Kenntnis genommen.

Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und	<u>1100 AC</u>
	Verkehr vom 18. Oktober 2023	Haupt
	hier: lfd. Nr. 11	•
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	1100 BJ
	Die Grünen zum Einzelplan 07	Haupt
	hier: 1fd. Nr. 5	

c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07 1100 BL Haupt

hier: lfd. Nr. 4

d) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

1100 BO Haupt

hier: 1fd. Nr. 20

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u> Haupt

# Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 47: Planungsschritte U-Bahnplanungen

Bericht 48: Goerzbahn

Bericht 49: Mittelausschöpfung U-Bahn-Maßnahmen

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 200.000 € Ansatz 2025: + 300.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 1: Straßenbahnmaßnahmen (...):

2024: 1.100.000 2025: 1.150.000

TA 2: U-Bahn-Maßnahmen (...):

2024: 1.100.000 2025: 1.150.000

#### Anpassung der Erläuterung:

In dem Satz "Außerdem für Untersuchungen entsprechend Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI – Vorplanung für Verkehrsanlagen (u. a. Untersuchungen von Lösungsmöglichkeiten mit Einfluss auf bauliche und konstruktive Gestaltung, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen unter Beachtung der Umweltverträglichkeit), zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen" wird die Formulierung "entsprechend Leistungsphasen 1 und 2" in "entsprechend Leistungsphasen 0 und 1" geändert.

Es wird ein neuer letzter Satz nach dem bisherigen letzten Satz ergänzt: "Ab Leistungsphase 2 werden die Mittel in Kapitel 0730 Titel 68253 nachgewiesen."

Haupt

André Schulze (GRÜNE) sagt, er erbitte für den Bericht Nr. 47 bzw. für den gesamten Titel – dieser betreffe auch Straßenbahnmaßnahmen – zu Mitte 2024 einen Folgebericht mit den dann genaueren Planungen, was aus diesen Mitteln 2024 finanziert werden solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, ein entsprechender Bericht sei vermerkt.

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, sie hätte gern einen Folgebericht zu Mitte und zu Ende 2024 zu den Fortschritten und Ergebnissen der U-Bahn-Planungen bzw. -Untersuchungen. Dies könne mit dem Bericht zu den Straßenbahnplanungen verbunden werden.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass so verfahren werde. Damit seien die Nr. 11 der Stellungnahme 1100 AC sowie die Berichte Nrn. 47 bis 49 zur Kenntnis genommen.

### Titel 54223 – Vorbereitungskosten für den Straßenbau –

# hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 12	1100 AC Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der	1100 BO

Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 hier: 1fd. Nr. 21

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Der Anstrich "Grundlagenermittlungen für den Ausbau und Umbau von Straßen (Machbarkeitsstudien) und Vorplanungen für Verkehrsanlagen (Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI)" wird wie folgt ergänzt:

"u. a. Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee (B2)."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 12 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter –

#### hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 07
Haupt
hier: 1fd. Nr. 6

# b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07

1100 BL Haupt

hier: 1fd. Nr. 5

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 50: 29-Euro-Ticket

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

André Schulze (GRÜNE) sagt, er wolle zu Bericht Nr. 50 kommentierend zur Kenntnis geben, dass ihn die Argumentation, die einzig mögliche Überprüfung des Wohnorts bestehe in einem Vorzeigen des Personalausweises bei den jeweiligen Stellen der BVG – ein digitales Verfahren existiere nicht nur nicht, sondern liege offenbar auch außerhalb der Vorstellungskraft –, nicht überzeuge. Schließlich gebe es auch andere Leistungen, die beispielsweise an die Vorlage eines Personalausweises gebunden seien.

Er habe zwei konkrete Nachfragen. Erstens: Im Bericht sei ausgeführt, dass, wenn die Abonnentenzahl des Deutschlandtickets sinke, auch der Anteil des Landes Berlin am Zuschussbedarf zum Deutschlandticket sinke. Er habe die bisherige Finanzierungssystematik so verstanden, dass die jeweiligen Anteile am Deutschlandticket zwischen den Ländern aufgeteilt seien und diese unabhängig von der genauen Nutzungszahl zu zahlen seien. Zweitens interessiere ihn, ob der Senat für die Kalkulation eines herunterrabattierten Deutschlandtickets auch einbezogen habe, dass es bereits ein Jobticket gebe, das nur knapp oberhalb der 29 Euro liege.

**Guido Schötz** (SenMVKU) berichtet, die Aufteilung der Kosten befinde sich gerade in der Erarbeitung. Sie werde letztlich davon abhängen, die Fahrgastnachfrage scharf abzufragen. Insofern werde es zukünftig keine festen Sätze zwischen den Ländern geben, sondern je nach Fahrgastnachfrage bzw. Ticketverkäufen.

André Schulze (GRÜNE) konkretisiert seine Frage hinsichtlich des Jobtickets. SenMVKU habe eine Kalkulation vorgelegt, wie teuer ein herunterrabattiertes Deutschlandticket auf 29 Euro wäre. Sei man dabei davon ausgegangen, dass alle Tickets von 49 Euro auf 29 Euro herunterrabattiert werden müssten, oder habe man berücksichtigt, dass es ein Jobticket gebe, das derzeit nur bei 33 oder 34 Euro liege? Hier sei der Bedarf der Herunterrabattierung offensichtlich nicht mit einem normalen 49-Euro-Ticket vergleichbar.

**Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz** (SenMVKU) erklärt, die Verwaltung habe Probleme damit, die Frage richtig zu verstehen.

André Schulze (GRÜNE) erläutert, in dem Bericht werde ausgeführt, dass eine Herunterrabattierung des Deutschlandtickets insgesamt auf 29 Euro circa 240 Mio. Euro kosten würde. Nun sei es aber nicht so, dass alle Berlinerinnen und Berliner momentan 49 Euro für das Ti-

cket bezahlten, sondern alle, die ein Jobticket in Anspruch nehmen könnten, zahlten einen geringeren Betrag. Der Bedarf für eine Herunterrabattierung betrage in diesem Fall nicht 20 Euro, sondern nur 4 oder 5 Euro. Sei dies berücksichtigt worden, oder sei für alle von den 20 Euro ausgegangen worden?

Guido Schötz (SenMVKU) antwortet, im Grunde sei dies berücksichtigt. Er wolle aber noch einmal darauf hinweisen, dass es sich beim Jobticket um Zahlungen der Arbeitgeber handle, also um freiwillige Leistungen, die teilweise auch viel höher sein könnten. Das Herunterrabattieren im Verhältnis zum Bund, wo die Länder genauso wie der Bund anteilig ihre Kosten aufbringen müssten, bestehe aber trotzdem.

**Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz** (SenMVKU) ergänzt, weil der Preisabstand beim Jobticket so klein und das Deutschlandticket-Jobticket deutlich attraktiver sei, würden wenige Kundinnen und Kunden davon Abstand nehmen.

André Schulze (GRÜNE) äußert die Vermutung, die Rechnung sehe so aus, dass, wenn alle 900 000 Abonnentinnen und Abonnenten des Deutschlandtickets auf 29 Euro herunterrabattiert würden, dies eine bestimmte Summe kosten würde, weil man bei allen 20 Euro Rabattierungsbedarf habe. In Wahrheit zahle aber ein großer Teil dieser Gruppe über das Jobticket durch den Zuschuss des Arbeitgebers ohnehin schon einen niedrigeren Preis. Deswegen sei seine Fraktion auch nie dafür gewesen, das Ticket für alle herunterzurabattieren, sondern nur für diejenigen, die das Jobticket nicht in Anspruch nehmen könnten. So käme man auf eine deutlich niedrigere Summe als bisher. Er halte die Zahl für sehr hoch gegriffen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit sei der Bericht Nr. 50 zur Kenntnis genommen.

# Titel 68235 – Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 22

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Der Anstrich "Investitionsprogramm i 2030 der Länder Berlin und Brandenburg mit der DB AG" wird wie folgt ergänzt: "(u. a. S75)".

Es wird ein neuer zweiter Anstrich ergänzt: "zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung der Ostbahn".

Die bisherigen Anstriche 2 und 3 werden zu den Anstrichen 3 und 4.

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 13 und 14 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 15	1100 AC Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 7	1100 BJ Haupt
c)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 6	1100 BL Haupt
d)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 hier: lfd. Nr. 23	1100 BO Haupt

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom	<u>1289</u>	
09.11.2023	Haupt	
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der		
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07		
hier: Bericht 51: Planung von Neubauvorhaben der		
BVG, U-Bahn, Straßenbahn		

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

#### Keine Ansatzveränderung.

Der dritte Anstrich "Straßenbahnneubauvorhaben abhängig vom Projektfortschritt" wird gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

"Für folgende Aus- und Neubauprojekte werden die begonnenen Planungen vorangetrieben und die Einleitung der Planfeststellungsverfahren angestrebt: Mahlsdorf (62), Turmstraße-Jungfernheide (M5, M8, M10), Weißensee (Pasedagplatz)-Heinersdorf-S-Bhf. Pankow (12), Jungfernheide-Urban Tech Republic-Schumacher Quartier. Nach erfolgreicher Überprüfung gilt dies auch für die Strecken: Alexanderplatz-Potsdamer Platz, Warschauer Straße-Hermannplatz (M10) sowie die Verlängerung nach Blankenburger Süden (M2)."

André Schulze (GRÜNE) sagt, er hätte gern einen Folgebericht zu Mitte 2024 mit dem dann aktuellen Stand der umgesetzten bzw. weiteren geplanten Maßnahmen für 2024 aus diesem Titel.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, es werde zu Mitte 2024 ein schriftlicher Bericht angefertigt. Damit seien die Nr. 15 der Stellungnahme 1100 AC sowie der Bericht Nr. 51 zur Kenntnis genommen.

# Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs –

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 16

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: lfd. Nr. 24

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2025: + 300.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 1: Anteilige Förderung zur Beschaffung von gewerblich genutzten (elektrisch unterstützten) Lastenrädern.

2024: 2.000.000 2025: 1.500.000

TA 2 wird wie folgt neu gefasst:

"Neue Ansätze nachhaltiger Mobilität, u.a. Studie zum Schienengüterverkehr"

Der Ausschuss nimmt die Nr. 16 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt

hier: lfd. Nr. 17

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 25

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u> Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 52: Carsharing

Bericht 52 A: Schäden bei Parkvorgängen durch Fahrzeugmanipulation

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 3.050.000 € Ansatz 2025: - 2.950.000 €

Nr. 2 Parkletförderprogramm

2024: 150.000 2025: 150.000

Nr. 3 Tag des guten Lebens

2024: 280.000 2025: 280.000

Nr. 5 Förderung für stationsbasiertes Carsharing

2024: 0

2025: 100.000

**Sven Heinemann** (SPD) merkt an, in Bericht Nr. 52 A heiße es, dass noch nicht substanziell berichtet werden könne, weil die Gerichte mit den Behörden noch ermittelten. Er schlage daher vor, dass dem Parlament unaufgefordert berichtet werde, wenn der Schaden festgestellt sei und das Land Berlin Aussicht auf eine entsprechende Entschädigung oder Regulierung habe.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass der Berichtswunsch so aufgenommen sei.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) erklärt, ihre Verwaltung sei nicht sicher, ob es sich nicht eher um einen Berichtsauftrag an SenJustV handle. SenMVKU werde im Zweifel auch erst später davon erfahren.

Sven Heinemann (SPD) weist darauf hin, dass er nur einen Bericht an den Senat insgesamt auslösen könne.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** sagt, es werde sich dann klären, wer hier zuständig sei, und es werde ein Bericht eingereicht werden. Damit seien die Nr. 17 der Stellungnahme 1100 AC sowie die Berichte Nrn. 52 und 52 A zur Kenntnis genommen.

# Titel 72016 – Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr –

# hierzu:

a)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	<u>1100 BJ</u>
	Die Grünen zum Einzelplan 07	Haupt
	hier: lfd. Nr. 8	-
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum	1100 BL
	Einzelplan 07	Haupt
	hier: 1fd. Nr. 7	-

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

<u>hier:</u> Bericht 53: Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 53 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 72018 – Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und	<u>1100 AC</u>
	Verkehr vom 18. Oktober 2023	Haupt
	hier: lfd. Nr. 18	-
b)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der	1100 BO
	Fraktion der SPD zum Einzelplan 07	Haupt
	hier: 1fd. Nr. 26	

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 54: Umsteigebeziehungen im ÖPNV

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Die bisherige Erläuterung wird wie folgt neu gefasst:

"Die Mittel dienen der Finanzierung der Überdachung des Umsteigebereichs zwischen S-Bahnhof Charlottenburg und U-Bahnhof Wilmersdorfer Straße am Stuttgarter Platz. Zukünftig werden Maßnahmen zur Verbesserung der Umsteigebeziehung im ÖPNV im Kapitel 0730, Titel 89102 ausgewiesen."

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 18 der Stellungnahme 1100 AC sowie den Bericht Nr. 54 ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 72019 – Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: Ifd. Nr. 19

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 27

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 1.000 € Ansatz 2025: + 1.000 €

Der Satz "Es ist vorgesehen, die weitere Ausstattung der Bushaltestellen mit "Kasseler Borden", Blindenleiteinrichtungen und Buskaps aus Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) fortzuführen" wird gestrichen und es wird wie folgt neu gefasst: "Es stehen zudem Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zur Verfügung."

Der Wegfallvermerk wird gestrichen. Er wird folgender Deckungsvermerk neu angebracht: "Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei der Obergruppe 72 der Kapitel 0730 und 0740. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 19 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 72020 – Verbesserung der Infrastruktur für den Fußverkehr –

#### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 07
Haupt
hier: lfd. Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

# Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

# hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 20

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 28

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 100.000 € Ansatz 2025: - 100.000 €

VE 2024: - 200.000 €

Nach der bisherigen Titelerläuterung werden folgende Sätze ergänzt:

"Die Mittel können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden. Der Titel wird in 2024 erhöht, um mehr Dialog-Displays zu beschaffen. Ab 2025 werden die Mittel für Dialog-Displays im Kapitel 2707, Titel 81279 ausgewiesen."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 20 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 89102 – Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs –

#### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum	<u>1100 BL</u>
Einzelplan 07	Haupt
1: 101 37 0	

hier: lfd. Nr. 8

#### Mitberaten werden:

a)	Bericht SenMVKU – IV C 31 – vom 19.10.2023	<u>1227</u>
	Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen	Haupt
	Personennahverkehrs	
	gemäß Auflage B. 38 – Drucksache 19/0400 zum	
	Haushalt 2022/23	
b)	Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom	<u>1289</u>
	09.11.2023	Haupt
	Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	
	1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07	
	<u>hier:</u> Bericht 55: Zuschüsse Investitionen ÖPNV – Reste	

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Sven Heinemann (SPD) erklärt, er hätte gern zum 24. Januar 2024 einen Sachstandsbericht zur Tram 21 dazu, wie sich der Stand des Planfeststellungsverfahrens und die Kostenentwicklung darstellten. Darüber hinaus habe er die Frage, ob dem Senat klar sei, dass das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg unter dem Label "Xhain beruhigt sich" auf einer Teilstrecke dieser Maßnahme eine Fußgängerzone plane. Führe dies zu einer Neuauslegung im Planfeststellungsverfahren? Dies würde eine weitere Zeitverzögerung und wahrscheinlich auch zusätzliche Kosten nach sich ziehen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dazu werde zum 24. Januar 2024 ein Bericht angefertigt. Damit seien der Bericht rote Nr. 1227 und der Bericht Nr. 55 zur Kenntnis genommen.

# Titel 89110 – Vorbereitung und Durchführung von Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG und der Wasserstraßenverwaltung –

#### Mitberaten wird:

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 56: Kreuzungsrecht

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 56 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 89112 – Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin –

#### hierzu:

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt

hier: lfd. Nr. 21

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 29

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: - 4.000.000 € Ansatz 2025: - 6.000.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 21 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 89113 – Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 57: Beschaffung von Elektrobussen

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 57 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, damit sei <u>Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für</u> Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Verkehr – abgeschlossen.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Tiefbau –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU - Z F 1 / ZF 1 - Ço - vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 58: Maßnahmen des Straßenbaus im

Zentralen Bereich -Zimmerstraße

**Hendrikje Klein** (LINKE) stellt fest, die Antwort sei, dass es noch keine Antwort gebe. Sie erbitte daher einen Folgebericht zum Ende des zweiten Quartals 2024 mit Antworten auf die Fragen ihrer Fraktion.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, hierzu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt. Damit sei der Bericht Nr. 58 zur Kenntnis genommen.

# Titel 52102 – Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 58 A: Schlangenbader Tunnel

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 58 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 11

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 30

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Anpassung der Erläuterung:

Nach dem Satz "Zur Gestaltung der Ufer im Rahmen einer Uferwegekonzeption (Beschluss des Abgeordnetenhauses, Drucksache 18/3883 zur Erstellung eines Uferwegekonzeptes) und zur Erreichung der europaweit abgestimmten Bewirtschaftungsziele wie der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)" wird folgender neuer Satz eingefügt: "Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 11 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 68228 – Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 22

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 31

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Es wird nach dem letzten Anstrich "Betrieb und Unterhalt von Fahrradzählstellen" ein neuer achter Anstrich ergänzt:

"Herstellung einer Veloroute in der Hufelandstraße/Bötzowstraße (Pankow) (1.000.000 Euro) und Sanierungsmaßnahme des Radwegs in der Transvaalstraße (Mitte)"

Der Ausschuss nimmt die Nr. 22 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 23

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 32

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 50.000 € Ansatz 2025: + 150.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 23 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt

hier: 1fd. Nr. 24

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 33

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Ansatz 2024: + 479.000 € Ansatz 2025: + 599.000 €

Der Ausschuss nimmt die Nr. 24 der Stellungnahme 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 72715 – Neubau der Elsenbrücke –

#### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 07
hier: Ifd. Nr. 9

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 72776 – Technische Erneuerung der Überbauung Schlangenbader Straße (ÜBS) –

# hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 07
Haupt
hier: lfd. Nr. 10

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 72823 – Neubau der Uferbefestigung Bonhoefferufer (Spree) –

# hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt

hier: 1fd. Nr. 12

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 34

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Nach dem Satz "Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden" wird folgender neuer Satz eingefügt: "Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 12 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 72830 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Mühlendammschleuse (km 17,8) bis zur Elsenbrücke (km 22,0) –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und	<u>1100 Y</u>
	Klimaschutz vom 12. Oktober 2023	Haupt
	hier: lfd. Nr. 13	_

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: lfd. Nr. 35

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Nach dem Satz "Im Hinblick auf den baulichen Zustand der Uferwände und zur Vermeidung möglicher Folgeschäden für die angrenzenden Landflächen ist entsprechend der daraus resultierenden Dringlichkeit die Maßnahme umzusetzen" wird folgender neuer Satz eingefügt: "Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 13 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 72849 – Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Schleuse Charlottenburg (km 6,5) bis Humboldthafen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 14

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 36

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache an.

Keine Ansatzveränderung.

Nach dem Satz "Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden" folgt ein neuer Satz: "Die Maßnahmen sollen die Anforderungen der WRRL berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen sollen nachgewiesen werden."

Der Ausschuss nimmt die Nr. 14 der Stellungnahme 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 72850 – Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im Bereich der Teupitzer-, Treptower-, Wildenbruch- und der Lohmühlenbrücke

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 59: Schleuse Neukölln und brückennahe Uferbefestigungen

André Schulze (GRÜNE) erklärt, er danke für den Bericht und die Darstellung. Er bitte um einen Folgebericht zum Ende des Jahres 2024 zu dem dann aktuellen Stand der Planung und Umsetzung der Baumaßnahme.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dazu werde ein schriftlicher Bericht angefertigt. Damit sei der Bericht Nr. 59 zur Kenntnis genommen.

# Titel 89116 – Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur –

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 60: Radverkehr Spreeufer/Clubs

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 60 ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Neuer Titel 54027 – Entwurfs- und Bauleitungskosten –

#### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum1100 BLEinzelplan 07Haupt

hier: lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 BL – ohne Aussprache ab.

# Neuer Titel - Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses -

#### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum1100 BLEinzelplan 07Haupt

hier: lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 BL – ohne Aussprache ab.

# Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom  $\frac{1289}{100}$  Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 61: Anlage zum Sachstandsbericht zu den

Projekten der Grün Berlin GmbH

Bericht 62: Wärmewende

Hendrikje Klein (LINKE) regt an, dass der Bericht 61 dem zuständigen Fachausschuss mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt werde. – Zu Bericht 62 bitte sie um einen Folgebericht vor der Sommerpause zu dem neuen Sachstand. Mit anderen Worten bitte sie um einen halbjährigen Fortschrittsbericht mit Beginn kurz vor der Sommerpause zur Wärmeplanung hinsichtlich erzielter Ergebnisse, erfolgter Fortschritte, der weiteren Zeitplanung sowie erforderlicher Investitionen, analog zu der Beantwortung der Fragen im Bericht 62.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, beides sei entsprechend erfasst.

André Schulze (GRÜNE) erklärt, seinen Berichtswunsch habe bereits die Abgeordnete Klein vorweggenommen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** konstatiert, dass die Berichte 61 und 62 der Sammelvorlage 1289 damit zur Kenntnis genommen seien.

### Titel 54010 – Dienstleistungen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 15

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 37

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 15 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 37 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 36.000 € Ansatz 2025: + 36.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 15: Umsetzung von Maßnahmen der Biologischen Vielfalt Berlin

2024: 223.000 € 2025: 221.000 €

ohne Aussprache zu.

#### Titel 54053 – Veranstaltungen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 16

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
Haupt

hier: 1fd. Nr. 38

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 16 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 38 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

Ansatz 2024: + 50.000 € Ansatz 2025: + 50.000 €

Neuer Satz 2: "Zudem ist eine Veranstaltungsreihe zur kommunalen Wärmeplanung vorgesehen."

ohne Aussprache zu.

# Titel 67101 - Ersatz von Ausgaben -

#### hierzu:

Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Haupt Haupt hier: lfd. Nr. 17

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 17 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis.

#### Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 18

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

Haupt

hier: 1fd. Nr. 40

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 18 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 40 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 400.000 € Ansatz 2025: + 400.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 7 Kleingewässerprogramm (neu):

2024: 1.400.000 € 2025: 1.400.000 €

ohne Aussprache zu.

# Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 19

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 41

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 19 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 41 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 150.000 € Ansatz 2025: + 150.000 €

ohne Aussprache zu.

### Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 20

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt hier: lfd. Nr. 42

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 20 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 42 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 719.000 € Ansatz 2025: + 986.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 6 Projekte der Naturschutzarbeit

2024: 139.690 € 2025: 129.390 €

TA 10 Naturwacht Berlin e. V. (Betrieb der Naturschutzstation Marienfelde)

2024: 200.000 € 2025: 200.000 €

TA 11 Lernwerkstatt Natur, Roter Baum Berlin UG

2024: 44.700 € 2025: 45.200 €

TA 12 Naturschutzstation Hahneberg Landschaftspflegeverband Spandau e.V.

2024: 109.500 € 2025: 110.800 €

TA 15 Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sozialraum Mariannenplatz, Curioso Kinderlabor

2024: 60.000 € 2025: 60.000 €

TA 16 Sicherung und Ausbau der NIRGENDWO zum innerstädtischen Bildungsund Erlebniszentrum für Natur-, Umwelt-, Klima und Nachhaltigkeitsbildung, BUND Landesverband Berlin e.V., Institutionelle Förderung

2024: 101.200 € 2025: 101.900 €

TA 18 Initiierung eines umfassenden Bildungsprogramm für den Botanischen Garten, ZE Botanisches Museum und Botanischer Garten der FU Berlin)

2024: 80.000 € 2025: 80.000 €

TA 19 Bildung für nachhaltige Entwicklung

2024: 40.000 € 2025: 40.000 €

Neuer TA 21: "Stärkung der Wildtierstation des NABU Berlin e.V. (neu)"

2024: 100.000 € 2025: 150.000 €

Neuer TA 22: "Wildtierkompetenzzentrum Berlin (neu)"

2024: 500.000 € 2025: 700.000 €

ohne Aussprache zu.

# Titel 89437 – Zuschüsse für Investitionen der Stiftung Naturschutz –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 21

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 45

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 21 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 45 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2025: + 500.000 €

ohne Aussprache zu.

Titel 70118 – Umsetzung von investiven Kompensationsmaßnahmen – Titel 89360 – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Kompensationsstrategie –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU - Z F 1 / ZF 1 - Ço - vom 09.11.2023  $\frac{1289}{1}$ 

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07
hier: Bericht 63: Berliner Ökokonto - vorgezogene Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen

Der Ausschuss nimmt den Bericht 63 der Sammelvorlage 1289 ohne Aussprache zur Kenntnis.

MG 03 - Grün Berlin -

Keine Wortmeldung.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 22

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: 1fd. Nr. 39

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 22 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 39 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: - 1.006.000 € Ansatz 2025: - 1.373.000 €

Nach dem Satz: 'Die veranschlagten Mittel dienen der anteiligen Deckung der Kosten der originären Aufgaben im Rahmen des Anlagen- und Liegenschaftsmanagements sowie der Personal- und Sachkosten der Grün Berlin GmbH auf Grundlage ihres Gesellschaftsvertrages.' wird folgender neuer Satz eingefügt:

,Die Mittel für Grün Berlin sind so zu verwenden, dass der Natur- und Klimaschutz bei der Pflege und Schaffung von Grünanlagen und der Schutz und die Förderung der Biologischen Vielfalt im Sinne der Ergebnisse der 15. Weltnaturkonferenz von Montreal (Dez 2022) zum Ziel gemacht wird, um eine Trendwende im Artenschutz zu erreichen.'

ohne Aussprache zu.

#### Mitberaten wird:

a) Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

<u>hier:</u> Bericht 64: Spreepark - Kosten und Maßnahmen für die Unterhaltung

Christian Goiny (CDU) bemerkt, der Bericht setze auf dem angeschobenen Prozess auf, der allerdings nicht über ein tragfähiges Konzept verfüge. Es werde lediglich darauf hingewiesen, dass kulturelle Nutzungen oftmals nicht kostendeckend seien; es gebe aber auch andere Beispiele. Was fehle, seien ein Betriebs- und ein Nutzungskonzept für die nächsten Jahre. Er kündige eine Auseinandersetzung insbesondere mit der Frage an, wie eine Nutzung des Spreeparks beschleunigt werden könne. Aus Sicht seiner Fraktion sollte eine kulturelle Nutzung möglichst zeitnah erfolgen. Es sei kein Ruhmesblatt, dass es bis zur Inbetriebnahme der Gaststätte acht Jahre gedauert habe, vor allem im Verhältnis zu dem dafür aufgewendeten Geld. Mit Blick auf die im Haushalt noch veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sei angesichts der diesbezüglichen Verständigung innerhalb der Koalition zur Fortschreibung selbiger eine Neubetrachtung erforderlich. Unabhängig davon sehe seine Fraktion noch Diskussionsbedarf, ob das, was bezüglich des Spreeparks bisher geplant sei, einer Neubewertung standhalte.

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

Haupt

**Hendrikje Klein** (LINKE) erklärt namens ihrer Fraktion, sie teile die Einschätzung, dass weiterer Diskussionsbedarf in Bezug auf den Spreepark im Ganzen vorhanden sei. – Zum Bericht 64 wolle sie konkret wissen, wie viele Registrierungen für den Schiffsanleger am Eierhäuschen für die Saison 2024 bislang vorlägen.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) gibt an, das könne sie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Der Prozess, den die Grün Berlin GmbH mit der technischen Plattform, auf der die Registrierung stattfinde, aufgesetzt habe, laufe noch. Die gewünschte Information könne im Januar 2024 nachgeliefert werden.

Hendrikje Klein (LINKE) wirft ein: "Februar!"

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU) zeigt sich darüber erfreut, zumal das noch besser passe.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht zu Ende Februar 2024 fällig werde. – Der Bericht 64 der Sammelvorlage 1289 sei damit zur Kenntnis genommen.

b) Schreiben SenMVKU – III C 1-1 – vom 27.10.2023

Zuwendung an die Grün Berlin GmbH für die
Herrichtung und Entwicklung des Spreeparks
(Treptow-Köpenick)

Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2022/2023 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 8 und A. 15 –
Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/2023

Hendrikje Klein (LINKE) schickt voraus, dass sie die Vorlage gründlich studiert habe. Dabei sei ihr aufgefallen, dass in dem Beschlusstext die zu entsperrende Summe nicht genannt werde. Auch unter Heranziehung der übrigen Ausführungen erschließe es sich ihr nicht, ob alle Mittel oder nur ein Teil, und wenn ja, welcher, entsperrt werden sollten. Sie rege an, die betreffende Summe in den Beschlusstext mitaufzunehmen.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) äußert, dass ihre Mitarbeitern Frau Fleischer die Frage beantworten werde.

**Heidrun Fleischer** (SenMVKU) erläutert, dass es sich um Gesamtkosten in Höhe von rund 5 Mio. Euro handele. Die Grün Berlin GmbH sei eine Zuwendungsempfängerin und insofern vorsteuerabzugsberechtigt. Hier werde der Nettobetrag als Zuwendung bewilligt. Dabei gehe es um einen Ersatzneubau des im Jahr 2014 bei einem Großfeuer größtenteils abgebrannten Englischen Dorfes im Spreepark. Dieser Ersatzneubau umfasse Funktions-, Veranstaltungsund Nebenräume sowie Gastronomie für den Spreepark.

**Hendrikje Klein** (LINKE) dankt für die Erläuterung. – Den Koalitionsfraktionen empfehle sie, die genannte Summe in den Beschlusstext zu integrieren.

Christian Goiny (CDU) bekundet, das sei ein sinnvolles Unterfangen. – Er habe es so verstanden, dass das Englische Dorf derzeit eine Ruine und der Abriss aufgrund der Verkehrssi-

cherungspflicht notwendig sei. Zusätzlich bitte er darum, dass bei den Maßnahmen, die im Kontext des Neubaus geplant seien, mögliche Konzeptänderungen berücksichtigt würden. Da in diesem Jahr wahrscheinlich noch nicht viel passiere, sei das gewiss möglich. Der Mittelentsperrung werde seine Fraktion zustimmen, damit etwa die Abrissarbeiten ausgeführt werden könnten. Hinsichtlich der weiteren Planungen könne man sich sicherlich verständigen, was davon im Detail im Sinne der Vorlage auch noch gemacht werden müsse.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) erklärt, das begrüßte ihr Haus sehr. Sie selbst habe sich das Englische Dorf im August vor Ort angeschaut. Dabei handele es sich in der Tat um eine Ruine, die eine Gefahr darstelle, zumal hin und wieder Menschen dort herumkletterten. Daher wäre ihre Verwaltung für die Entsperrung der Mittel dankbar.

Vorsitzender Stephan Schmidt geht zur Abstimmung über.

Christian Goiny (CDU) wirft ein, dass noch "in der Höhe von 5 Mio. Euro" ergänzt werden solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt das Schreiben unter der von dem Abgeordneten Goiny erwähnten Maßgabe zur Abstimmung.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1288 wie beantragt sowie in der Höhe von 5 Mio. Euro zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 23

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt hier: lfd. Nr. 43

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 23 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 43 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: - 550.000 € Ansatz 2025: - 550.000 €

ohne Aussprache zu.

### Mitberaten wird:

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 65: Darstellung der Planungen für den

Umbau der Vorplätze am Ostkreuz

**Sven Heinemann** (SPD) erkundigt sich, ob die Grundstücke, die die Vorplätze beträfen, von der Deutschen Bahn inzwischen schon an die Bezirke bzw. an das Land Berlin übertragen worden seien. Darüber hinaus interessiere ihn, ob mit der für den Zeitraum von Mitte 2024 bis Mitte 2026 geplanten Herstellung des Vorplatzes zum Viktoriakiez in Lichtenberg auch geplant sei, den Treppenaufgang Nord der Kynastbrücke zu eröffnen, damit das keine Investitionsruine werde.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) räumt ein, sie könne die Frage bedauerlicherweise nicht beantworten. Ihre Verwaltung werde die Angaben zu einem späteren Zeitpunkt – möglichst spät – nachreichen.

Sven Heinemann (SPD) sagt, vor der Sommerpause 2024.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht Ende des ersten Halbjahres 2024 fällig werde. – Im Übrigen sei der Bericht 65 der Sammelvorlage 1289 damit zur Kenntnis genommen.

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –

# hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 24

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 44

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 24 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 44 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: - 500.000 € Ansatz 2025: - 500.000 €

ohne Aussprache zu.

# Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

# Titel 54010 – Dienstleistungen –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u>

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 66: Dekarbonisierung der Berliner Forsten

Der Ausschuss nimmt den Bericht 66 der Sammelvorlage 1289 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 54109 - Mischwaldprogramm -

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 12. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 25

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 46

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 25 der Stellungnahme rote Nr. 1100 Y ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 46 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 200.000 € Ansatz 2025: + 200.000 €

ohne Aussprache zu.

#### Titel 81101 – Erwerb von Spezialfahrzeugen –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07

hier: Bericht 67: Rückefahrzeuge

Rolf Wiedenhaupt (AfD) ruft in Erinnerung, dass seine Fraktion nachgefragt habe, warum Rückefahrzeuge beschafft werden sollten und nicht stärker auf Rückepferde umgesattelt wer-

de. Das "Rücken" bedeute, dass Holz – vor allem solches, das wirtschaftlich geschlagen und verkauft werden solle – aus einem Wahlstück herausgeholt werde. Die Antwort von Sen-MVKU zeige, dass relativ wenig nachgedacht werde. Obgleich es im Kontext des Hauptausschusses ungewöhnlich erscheine, äußere er eine Bitte an die Senatorin: Sie möge im Rahmen der Sauvesper im Forstamt Tegel, zu der die Senatorin für den Abend des folgenden Tages eingeladen habe, ein Gespräch mit dem Förster über die schweren Schäden führen, die im vergangenen Herbst und Winter im Tegeler Forst entstanden seien, da man mit viel zu breiten und schweren Fahrzeugen die Jungbäume "umgemäht" und den Boden zerstört habe. Den geäußerten Bitten, Pferde einzusetzen, um Schäden zu vermeiden, sei nicht entsprochen worden. – Möglicherweise trage das zu einer anderen Auffassung in der Verwaltung der Senatorin bei; zumindest die Reinickendorfer, die sich in der Vergangenheit über die Geschehnisse empört hätten, begrüßten dies gewiss.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht 67 der Sammelvorlage 1289 damit zur Kenntnis genommen sei.

Kapitel 0770 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integratives Verkehrsmanagement –

Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen –

#### Mitberaten wird:

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 68: Gebühren für die Sondernutzung öf-

fentlicher Straßen

Der Ausschuss nimmt den Bericht 68 der Sammelvorlage 1289 ohne Aussprache zur Kenntnis.

### Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit –

#### hierzu:

a)	Verkehr vom 18. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 25	Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	1100 BJ
	Die Grünen zum Einzelplan 07	Haupt
	hier: lfd. Nr. 10	_

c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

1100 BO Haupt

hier: 1fd. Nr. 47

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 25 der Stellungnahme rote Nr. 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis. Ferner lehnt er – zu b – den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BJ – ohne Aussprache ab und stimmt – zu c – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 47 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 1.000.000 € Ansatz 2025: + 1.000.000 €

ohne Aussprache zu.

# Titel 54022 – Leistungen für Lichtsignalanlagen –

#### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 07
Haupt
hier: lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BJ – ohne Aussprache ab.

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht 69: Künftige Ausrichtung der GB infra-Signal GmbH

Der Ausschuss nimmt den Bericht 69 der Sammelvorlage 1289 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 72017 – Neu- und Umbau von Lichtsignalanlagen zur ÖPNV-Beschleunigung –

#### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 07
Haupt
hier: lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BJ – ohne Aussprache ab.

# Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Neuer Titel 52101 – Unterhaltung des Straßenlands –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: lfd. Nr. 26

Der **Ausschuss** nimmt die lfd. Nr. 26 der Stellungnahme rote Nr. 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** weist darauf hin, dass zu dem Titel im weiteren Verlauf ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD abgestimmt werde.

#### Titel 52131 – Maßnahmen für die Stadtverschönerung –

Keine Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023
hier: 1fd. Nr. 27

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07
hier: lfd. Nr. 48

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 27 der Stellungnahme rote Nr. 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 48 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 200.000 € Ansatz 2025: + 200.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 1: Vorbereitende Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und deren Digitalisierung

2024: 500.000 2025: 500.000

TA 2: Entwicklung von Verkehrskonzepten und Begleituntersuchungen in den Bezirken u.a. zu den Themen "Autoarme/Autofreie Kieze", Verkehrsberuhigung", "Innovative Mobilität"

2024: 400.000 2025: 400.000

TA 4 Temporäre Spielstraßen:

2024: 150.000 2025: 150.000

neuer TA 7: "Erstellung eines Gesamtkonzepts Mobilitätssicherung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen einschl. Konzeptbeteiligung"

2024: 250.000 2025: 250.000

Nach dem Satz: 'Die Verbesserung der Schulwegsicherheit und die Entwicklung eines Mobilitätsmanagements für Schulen und Kitas sind zentrale Ziele des Berliner Senats.' wird folgender neuer Satz ergänzt: 'Zusätzliche Mittel zur Umsetzung des Konzepts des Berliner Programms zum Mobilitätsmanagement an Schulen und Kitas (MMSK) werden im Kapitel 2707 in den Titel 52121 und 68569 ausgewiesen.'

ohne Aussprache zu.

#### Titel 72016 - Verbesserung Infrastruktur Radverkehr -

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F 1 / ZF 1 – Ço – vom 09.11.2023 <u>1289</u>

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 07 hier: Bericht Nr.: 70 Förderprogramm Stadt und Land,

Radverkehr

Der Ausschuss nimmt den Bericht 70 der Sammelvorlage 1289 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Mobilität und Verkehr vom 18. Oktober 2023 Haupt

hier: 1fd. Nr. 28

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07 Haupt

hier: lfd. Nr. 49

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 28 der Stellungnahme rote Nr. 1100 AC ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 49 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2025: + 500.000 €

VE 2024: +500.000 € (Davon fällig: 2025 + 500.000)

Es wird folgende Erläuterung ergänzt:

"Ausweisung der Mittel ab 2025 zur Anschaffung von Dialog-Displays im Straßenland zur Unterstützung der Geschwindigkeitsüberwachung in den Bezirken. Bis 2024 werden die Mittel in Kapitel 0730, Titel 81279 ausgewiesen. Die Dialog-Displays werden den Bezirken zur Verfügung gestellt."

ohne Aussprache zu.

### Neuer Titel 52101 – Unterhaltung des Straßenlands –

### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 07

Haupt

hier: lfd. Nr. 50

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 50 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BO –

Ansatz 2024: + 500.000 € Ansatz 2025: + 1.500.000 €

Die Mittel sind vorgesehen für die Steigerung der Attraktivität und Nutzbarkeit bestehender Park-and-Ride-Anlagen in Berlin. Die Mittel können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

ohne Aussprache zu.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, dass die zweite Lesung des <u>Einzelplans 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –</u> damit abgeschlossen sei. Die Restelesung finde in der Sitzung am 1. Dezember 2023 statt.

[Sitzungsunterbrechung von 14.21 Uhr bis 15.05 Uhr]

# Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –

# hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwick- lung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 Hinweis: Die lfd. Nummern 1 bis 11 sind den einzelnen Titeln zugeordnet worden.	1100 V Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 18 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 BK Haupt
c)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 12 Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 15 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 BM Haupt
d)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 12 Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 11 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 BN Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt macht darauf aufmerksam, dass sich Senator Gaebler auf der Anreise zur Bauministerkonferenz in Baden-Baden befinde, die heute mit einem Festakt beginne, und daher für die zweite Lesung aus nachvollziehbaren Gründen entschuldigt sei.

Des Weiteren teile er mit, dass der Änderungsantrag lfd. Nr.10 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BN – redaktionell angepasst worden sei. Hinsichtlich der Ansätze der Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2024 und 2025 sei jeweils noch der Betrag einzusetzen:

VE 2024 +2.000.000 Mio. Euro VE 2025 +2.500.000 Mio. Euro

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023 <u>1290</u> **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 3 – Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten
Bericht 4 und 5 – Pauschale Minderausgaben
(Berichtsaufträge aus der 47. Sitzung vom 18.10.2023)

**André Schulze** (GRÜNE) bittet namens seiner Fraktion mit Blick auf die Berichte 4 und 5 – Pauschale Minderausgaben – um einen Folgebericht zu Mitte Februar 2024 zum aktuellen Stand der Höhe der PMA, die durch SenStadt aufzulösen sei, und zur Frage, wie der Stand der Auflösung sei.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält dies so fest. – Im Übrigen seien die Berichte 3, 4 und 5 der Sammelvorlage 1290 damit zur Kenntnis genommen.

Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Städtebau und Projekte –

Titel 54005 - Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten -

Titel 89382 – Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten –

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 1

Steffen Zillich (LINKE) äußert seinen Dank für die Anwesenheit einer Vertretung von Sen-MVKU und für den Bericht, der eine gute und in der Form neue Übersicht enthalte. Für nach der Sommerpause erbitte er einen Folgebericht, und zwar ebenfalls in der Konstellation Sen-Stadt und SenMVKU, da sich diese offensichtlich bewährt habe. Der Folgebericht möge dann wiederum unter Anwesenheit beider Senatsverwaltungen aufgerufen werden. Er gehe davon aus, wolle aber explizit nachfragen, ob der Bericht tatsächlich von beiden Senatsverwaltungen, abgestimmt erstellt worden sei. – Das zu beobachtende Nicken bestätige ihn darin; das sei gut. Der Bericht gebe Aufschluss über wichtige Informationen und Prioritätensetzungen, auch darüber, mit welchen Verkehrsmitteln bestimmte Stadtquartiere erschlossen werden sollten.

Hinsichtlich des Projekts Ehemaliger Güterbahnhof Köpenick interessiere ihn, wie sich die Einrichtung der Straßenbahnwendeschleife Hirtestraße und der dazugehörige Zeitplan – etwa

im Rahmen der Maßnahmenplanung sei keine Jahreszahl angegeben – konkret gestalteten. Im Bericht heiße es, man gehe senatsseitig davon aus, dass das Vorhaben über eine Zuwendung an die BVG finanziert werde. Wann würden Haushaltsmittel – so verstehe er jene Zuwendung – notwendig?

**Vorsitzender Stephan Schmidt** konstatiert, dass der Folgebericht – er schlage vor: zum 4. September 2024 – in der erwähnten Kombination, die sich offenbar bewährt habe, ausgelöst sei.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) unterstreicht, dass das Vorhaben Ehemaliger Güterbahnhof Köpenick ein sehr großes Stadtentwicklungsvorprojekt darstelle. Er habe sich soeben bei seinem Mitarbeiter vergewissert, dass SenStadt im Anschluss an das erfolgte Wettbewerbsverfahren inzwischen auf Grundlage eines Siegerentwurfs weitere Planungsleistungen beauftragt habe. Die verkehrlichen Fragen möge Herr Loebner, der Leiter des Referats II W beantworten.

Lars Loebner (SenStadt) schildert, dass die Wendeschleife in die Gesamtmaßnahme eingebettet sei. Diesbezüglich sei kürzlich ein Werkstattverfahren zum Abschluss gebracht worden. Nun werde der Rahmenplan erarbeitet. Dabei spiele die Zuwegung zur Hirtestraße – die Frage, wie das städtebaulich künftig aussehe – eine Rolle. Das sei auch Teil der Ostumfahrung. Ansonsten sei es im Land Berlin so, dass die BVG die entsprechenden Zuwendungen für Baumaßnahmen im ÖPNV erhalte; das sei im Bericht gemeint.

**Steffen Zillich** (LINKE) merkt an, das rekurriere offensichtlich auf Haushaltsmittel. Insofern stelle sich die Frage, ob der neue Doppelhaushalt jene Mittel enthalte. Seien die Mittel jetzt erforderlich, oder wann sei dies der Fall?

Lars Loebner (SenStadt) macht geltend, dass es sich entsprechend der Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme um externe Mittel bzw. Maßnahmen handele. Insofern könne er das nicht auf den Punkt genau sagen. Die Planungen liefen jedoch und seien auch im Zusammenhang mit dem begonnenen Schulneubau zu sehen, sodass sie entsprechend abgeschlossen würden. Aus seiner Sicht werde man im Jahr 2028 an der Stelle deutlich weiter sein.

Steffen Zillich (LINKE) erwidert, dann werde das für 2028 vorgemerkt. – Außerdem habe er eine Frage bezogen auf den möglicherweise veränderten Mittelbedarf hinsichtlich der Kostenund Finanzierungsübersicht und der im Bericht enthaltenen Maßnahmenplanung. Das betreffe einerseits die veränderte Lage der Ostumfahrung Bahnhofstraße und die wahrscheinlich steigenden Kosten für einen verlängerten Tunnel unter den Gleisanlagen. Sei das in den Planungen berücksichtigt? Inwieweit müssten die Planungen geändert werden, sowohl in Hinblick auf die Kosten als auch mit Blick auf den zeitlichen Ablauf?

Lars Loebner (SenStadt) antwortet, das sei in der Kostenübersicht abgebildet. Die veränderte Lage betreffe lediglich die Lage zwischen dem Brandenburgplatz und der Tunnelausfahrt, demnach gar nicht die Frage des Tunnels an sich. Es sei Gegenstand des Werkstattverfahrens gewesen, diese Lage festzuziehen. Im Übrigen werde es ein Thema der weiteren, vertieften Planung sein. Die Tunnelfrage werde in enger Abstimmung mit dem Ausbau der Deutschen Bahn und dem Regionalbahnhof betrachtet. Der optimale Standort sei dort, wo die Weichen

aufhörten und der Übergang noch schmal genug sei, sodass die kostengünstigste Variante entstehe. Solcherlei Planungsanpassungen hätten im Vorfeld stattgefunden und seien nun in der aktuellen Kosten- und Finanzierungsübersicht abgebildet.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass damit der Bericht 1 der Sammelvorlage 1290 zur Kenntnis genommen sei.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau –

**Vorsitzender Stephan Schmidt** weist an dieser Stelle darauf hin, dass anschließend das <u>Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –</u> aufgerufen werde.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 6

Der Ausschuss nimmt den Bericht 6 der Sammelvorlage 1290 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung –

1. Bauabschnitt - (Abriss oder Teilabriss des alten Stadions und Herrichtung von Sportanlagen) –

Titel 70143 - Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung -

2. Bauabschnitt - (Neubau oder Umbau des Stadions) -

Titel 70510 - Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung -

3. Bauabschnitt - (Ertüchtigung des übrigen Geländes) -

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 7

Steffen Zillich (LINKE) erwähnt, dass SenStadt in dem Bericht Bezug nehme auf die Erarbeitung eines Gestaltungs- und Entwicklungsleitfadens für die Gesamtmaßnahme. Ihn interessiere, wann dieser vorliegen werde. Außerdem wolle seine Fraktion den Leitfaden dann auch haben. Die Formulierung im Bericht lege nahe, dass der Leitfaden zu dem Zeitpunkt fertig sein werde, wenn die Bauplanungsunterlagen für den zweiten Bauabschnitt vorgelegt würden, sodass das eine in Kenntnis des anderen behandelt werden könne. Dies wäre seiner Fraktion wichtig. – In ihren Antworten habe SenStadt recht sparsam auf die Frage reagiert, was noch

an Anpassungs-, Umplanungs- und folglich ggf. Zeitbedarf für die Erstellung der Planungen für den zweiten Bauabschnitt notwendig sei. Möglicherweise könne die Verwaltung das noch näher konkretisieren und darlegen, wie groß die Veränderungsbedarfe seien, vor allem hinsichtlich des zeitlichen Aufwands.

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) sagt zu, dass der Ausschuss die gewünschte Unterlage nach Fertigstellung erhalten werde. Ansonsten könne erfreulicherweise mitgeteilt werden, dass die Vorplanungsunterlagen zum Jahresende fertiggestellt sein würden. – Die weiteren Fragen möge der Leiter der Abteilung Hochbau, Herr Pohlmann, beantworten.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) bemerkt, es komme nicht alle Tage vor, dass man einen Realisierungswettbewerb durchführe und ein pragmatisches, uneitles und leistungsfähiges Planungsteam gewinne. Genau das habe aber in dem Fall funktioniert. Planmäßig würden die Vorplanungsunterlagen zum Jahresende fertiggestellt. Ein erster Vorabzug sei bereits mit der Prüfabteilung besprochen worden. – Im ersten Bauabschnitt, zu dem jetzt nicht konkret nachgefragt worden sei, hätten die Dekontaminierungsarbeiten für das Tribünengebäude begonnen. Insgesamt komme seine Verwaltung mit der Maßnahme im Zeitplan zurecht. Große Änderungen gegenüber dem, was der Wettbewerb und der Überarbeitungsauftrag aus dem Wettbewerb erbracht hätten, gebe es nicht.

Steffen Zillich (LINKE) stellt die Frage in den Raum, ob die Bauplanungsunterlagen für den ersten Bauabschnitt bereits vorlägen; hier wäre ggf. eine Entsperrungsvorlage vonnöten. Möglicherweise könne SenStadt auch einen Zeitpunkt für die Bauplanungsunterlagen für den zweiten Bauabschnitt nennen. – Bezüglich des Umplanungsbedarfs habe er sich einen Punkt gemerkt: die Feuerwehrumfahrt an der mauerparkseitigen Tribüne. Diesbezüglich sei gesagt worden, dass die Tribüne auf keinen Fall stehen bleiben könne, da andernfalls die Feuerwehr nicht hindurchkomme. – Der Gestaltungswettbewerb sehe jedoch vor, dass man es so mache, wie es angeblich nicht funktioniere. Daraus habe er die Schlussfolgerung abgeleitet, dass die eine oder andere Umplanung vorgenommen werden müsse, die durchaus relevant sei. Er bitte, anhand dieses Punktes noch einmal näher auf die Differenz zwischen dem Gestaltungswettbewerb und den vorzulegenden Planungsunterlagen einzugehen. Die Aussage, hier sei nicht viel umzuplanen, erschließe sich ihm vor dem geschilderten Hintergrund nicht.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) betont, eine Umplanung nähme man erst dann vor, wenn eine Planung abgeschlossen sei. Ein Wettbewerbsbeitrag sei keine abgeschlossene Planung, sondern ein Vorschlag für eine Gestaltung. Dieser Vorschlag werde im Bereich der Vorplanungsunterlagen konkretisiert. Dort werde auch dargestellt, dass das mit der Feuerwehrumfahrt nun funktioniere. Allerdings sei es erforderlich, die Aufbauten auf dem Damm – die Sitzplätze usw. – zurückzubauen, denn ansonsten wäre der Platz nicht vorhanden.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, wann die Bauplanungsunterlagen sowohl für den ersten als auch für den zweiten Bauabschnitt vorlägen.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) antwortet, die Bauplanungsunterlagen für den zweiten Bauabschnitt könnten im dritten Quartal 2024 zur Verfügung gestellt werden. In Hinblick auf den ersten Bauabschnitt werde der Ausschuss wahrscheinlich im März 2024 eine Entsperrungsvorlage für die restlichen Arbeiten, konkret: den Rückbau des Tribünengebäudes und die Erdarbeiten, erhalten.

Seite 79

**Vorsitzender Stephan Schmidt** konstatiert, dass der Bericht 7 der Sammelvorlage 1290 damit zur Kenntnis genommen sei.

Titel 71402 – Berliner Feuerwehr, Neubau Berliner Feuerwehr- und Rettungsakademie (BFRA) – Abriss und Schadstoffsanierung –

### Mitberaten wird:

Bericht SenStadt – V D 8 – vom 24.09.2023 **Berliner Feuerwehr, Neubau Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (BFRA) in Tegel**(Berichtsauftrag aus der 29. Sitzung vom 07.12.2022)

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 0483 H ohne Aussprache zur Kenntnis.

MG 09 – Hochbaumaßnahmen der SV für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 8 – Campus Oberschöneweide

Bericht 9 – Berliner Hochschule für Technik/Umbau
des Flughafengebäudes A und A2 für Campus TXL

Tegel

(Berichtsaufträge aus der 47. Sitzung vom 18.10.2023)

**Dr. Kristin Brinker** (AfD) spricht an, dass laut Bericht 9 die vorgezogenen Maßnahmen mit dem Rückbau denkmalgeschützter Bauteile, Abbrucharbeiten usw. jetzt stattfinden sollten und eine verlässliche Terminplanung erst dann aufgestellt werden könne, wenn der Umfang klar sei. Sei es dennoch möglich, eine gewisse Zeitschiene zu benennen und anzudeuten, wann die vorgezogenen Maßnahmen abgeschlossen sein könnten?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) gibt an, nach aktuellem Stand könne unter einem gewissen Vorbehalt gesagt werden, dass die Ausführung der vorgezogenen Maßnahmen in 25 Monaten und die Ausführung der Hauptmaßnahme in 38 Monaten abgeschlossen sein würden.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass die Berichte 8 und 9 der Sammelvorlage 1290 damit zur Kenntnis genommen seien.

# MG 10 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –

### Mitberaten wird:

19. Wahlperiode

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 10 – Schulbaumaßnahmen / PMA

(Berichtsaufträge aus der 47. Sitzung vom 18.10.2023)

Der Ausschuss nimmt den Bericht 10 der Sammelvorlage 1290 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 11 – Veränderungen gegenüber dem

Investitionsprogramm 2022

Steffen Zillich (LINKE) verweist darauf, dass in den Haushaltsberatungen verschiedene Diskussions- und Berichtsstränge zum Thema Schulbau bestünden, und zwar in den Einzelplänen 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –, 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten – und 10 – Bildung, Jugend und Familie –. Der Ausschuss müsse sich entscheiden, an welcher Stelle das gemeinsam diskutiert werde. Er schlage vor, dass die Berichte 11 und 12 zur Restelesung des Einzelplans 10 – Bildung, Jugend und Familie – mitgenommen würden, denn dort seien ohnehin noch Berichtsaufträge offen. Eine gemeinsame Diskussion erscheine sinnvoll, zumal sich die Fragestellungen teilweise überschnitten.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** stellt fest, dass er Einvernehmen zu dem Vorschlag des Abgeordneten Zillich wahrnehme. Daher werde so verfahren.

Titel 72004 – Umgestaltung von Stadtplätzen –

#### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 11

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 12 1100 BN Haupt

hier: lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 11 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V ohne Aussprache zur Kenntnis und stimmt – zu b – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BN –

2024: + 500.000 € 2025: + 500.000 €

ohne Aussprache zu.

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 12

Der **Ausschuss** stellt den Bericht 12 der Sammelvorlage 1290 ohne Aussprache zur Restelesung des Einzelplans 10 – Bildung, Jugend und Familie – zurück.

# Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 13 – Folgebericht zur roten Nummer 0905

Der Ausschuss nimmt den Bericht 13 der Sammelvorlage 1290 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 14

Der Ausschuss nimmt den Bericht 14 der Sammelvorlage 1290 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen zum Einzelplan 12

hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BK – ohne Aussprache ab.

# Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Stadtplanung –

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen –

### hierzu:

a)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 <u>hier:</u> lfd. Nr. 2	1100 BK Haupt
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum	1100 BM

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 1

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt – zu a – den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BK – und – zu b – den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 BM – jeweils ohne Aussprache ab.

### Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen –

#### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwick-	<u>1100 V</u>
	lung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023	Haupt
	hier: lfd. Nr. 1	•
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	1100 BK
	Die Grünen zum Einzelplan 12	Haupt
	hier: lfd. Nr. 3	

c)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum	<u>1100 BM</u>
	Einzelplan 12	Haupt
	hier: lfd. Nr. 2	_
d)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der	1100 BN

Fraktion der SPD zum
Einzelplan 12

Haupt

hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 1 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V ohne Aussprache zur Kenntnis. Er lehnt – zu b – den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BK – und – zu c – den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 BM – jeweils ohne Aussprache ab und stimmt – zu d – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BN –

2024: + 1.402.000 € 2025: + 1.402.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 3: Betreiben der Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung in den Bezirken:

2024: 3.000.000 € 2025: 3.000.000 €

In der Erläuterung zu 2. und 3. wird im letzten Satz die Zahl der Kalkulationsgrundlage pro Bezirk und Jahr von ,ca. 133.000 €' geändert zu ,ca. 250.000 €'.

ohne Aussprache zu.

### Titel 54010 – Dienstleistungen –

### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 2	1100 V Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 4	1100 BK Haupt
c)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 3	1100 BM Haupt

d) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Haupt Einzelplan 12

hier: 1fd. Nr. 2

Der **Ausschuss** nimmt – zu a – die lfd. Nr. 2 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V ohne Aussprache zur Kenntnis. Er lehnt – zu b – den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 1100 BK – und – zu c – den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 BM – jeweils ohne Aussprache ab und stimmt – zu d – dem Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 1100 BN –

2024: + 20.000 € 2025: + 20.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 9 wird wie folgt neu gefasst: 'Dienstleistungsaufträge zur Koordination des Runden Tisches Liegenschaftspolitik und seiner Aktivitäten sowie zur Koordination des zivilgesellschaftlichen Beirates zum Steuerungsausschuss Konzeptverfahren'

2024: 80.000 € 2025: 80.000 €

ohne Aussprache zu.

# Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Städtebau und Projekte –

#### Mitberaten wird:

a) Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 15 – Gelände der Karl-Bonhoeffer-

Nervenklinik

Bericht 16 – KoFi städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (mit Anlagen)

Bericht 17 – Flughafenareal in Tempelhof

Steffen Zillich (LINKE) kommt zu sprechen auf den Bericht 15, in dem SenStadt in aller Kürze darlege, dass die geplante Bebauung auf dem Gelände der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik aus dem Baunutzungsplan zu entwickeln sei. An anderer Stelle – er meine, in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage – gebe die Verwaltung an, dass hinsichtlich der angestrebten Nutzung der Rahmen des Baunutzungsplans gerade nicht ausreiche. – Was bedeute das in der Folge? Wie werde eine Anpassung vorgenommen? Gebe es eine Vorlage, und wenn ja, an wen, dass vom Baunutzungsplan abgewichen werden solle? Normalerweise

mache man so etwas über eine Bauleitplanung. Wie solle das Baurecht, das offensichtlich nicht ausreiche in der Baunutzungsplanung, hergestellt werden?

Der Verweis darauf, dass im Gesamtareal eine bestimmte Nutzungsintensität nicht überschritten werde, sei interessant. Ginge man immer danach, könnte man neben jede Grünfläche ein Hochhaus bauen, da die eine Nutzung die andere ausgliche. Demnach könne das nicht immer die Herangehensweise sein. Auf welchem Wege solle nun von dem Baunutzungsplan abgewichen werden können, anders, als es SenStadt in dem Bericht formuliere?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) versichert, dass SenStadt weiterhin die Auffassung vertrete, die auch im Bericht dargelegt sei, dass für diesen Standort das Baurecht bereits vorhanden sei. Wenn sich die Aussagen widersprächen, bitte er den Abgeordneten Zillich mitzuteilen, auf welche Schriftliche Anfrage er sich beziehe. SenStadt werde dann die Frage schriftlich beantworten.

**Steffen Zillich (LINKE)** antwortet, dass SenStadt auf eine Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Gennburg vom 24. September geantwortet habe, dass die Vorgaben des Baunutzungsplans hinsichtlich der Nutzungsintensität nicht eingehalten werden könnten. Vorgegeben sei ein Wert von 0,6 – und 0,8 werde erreicht. Wie solle der vorgegebene Wert erreicht werden?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) erklärt, dass es dazu keinen Dissens innerhalb von SenStadt gebe. Die zuletzt zitierte Auskunft komme aus dem Bezirk und nicht von SenStadt, und es sei durchaus möglich, dass Bezirk und Senat zu einer unterschiedlichen Einschätzung gekommen seien.

Lars Loebner (SenStadt) fügt hinzu, die planungsrechtliche Zuständigkeit liege beim Bezirk Reinickendorf. Wie an vielen Orten in West-Berlin gebe es dort einen Baunutzungsplan. Vor dem Hintergrund habe es der Abgeordnete Zillich richtig dargestellt, dass die Nutzung "Wohnen" bei 0,6 liege. Es stehe in Rede, ob die geringfügige Erhöhung auf 0,8 – in der Baunutzungsverordnung stehe als Orientierungswert 1,2 – im Rahmen der Befreiung möglich sei. Diese Entscheidung sei nach § 31 des BauGB erlaubt. Hinzu komme, dass das Thema Wohnungsbau so privilegiert sei, dass die Grundzüge eines B-Plans auch noch weiter ausgelegt werden könnten, um Wohnungen zu schaffen. Derzeit würden die rechtlichen Möglichkeiten durchgeprüft. Ziel des Landes Berlin sei es, flächeneffizient Wohnraum zu schaffen, und das sei auch das Ziel dieses Verfahrens. Es gebe dazu keinen Dissens, sondern diese Frage solle im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geklärt werden.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass das Baurecht in der Auslegung, dass nur die sogenannten Sternhäuser bebaut würden, seit drei Jahren vorliege. Habe SenStadt eine Einschätzung, wann der Baubeginn dieses von vielen Menschen gewünschte Bauvorhaben sein werde?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) antwortet, ein Termin könne gegenwärtig noch nicht genannt werden.

**Steffen Zillich** (LINKE) schließt an die Frage an, ob die GESOBAU den Vorbescheidsantrag eingereicht habe und dieser ggf. schon beschienen sei.

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) erklärt, da das Baurecht bei den Bezirken liege, könne diese Frage nur der Bezirk beantworten.

André Schulze (GRÜNE) bezieht sich auf den Bericht 17 – Flughafenareal in Tempelhof –, in dem die verschiedene Planungsvarianten ausgeführt seien. Laut des Berichts liege bisher keine beschlossene Kosten- und Zeitplanung vor. Da überall zuzüglich zwei Jahre Vorbereitungszeit angegeben seien dränge die Zeit. Werde demnächst eine Kosten- und Zeitplanung für das gesamte Sanierungsprojekt zur Beschlussfassung vorliegen?

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) antwortet, dass die Senatsvorlage derzeit erstellt und SenStadt Anfang 2024 in das Mitzeichnungsverfahren mit den beteiligten Senatsverwaltungen einsteigen werde.

**Steffen Zillich** (LINKE) pflichtet bei, dass diese Maßnahmen nicht Bestandteil der aktuellen Haushaltsberatungen seien und es daher sinnvoll sei, diese Entscheidung abzuwarten.

Er gehe zurück zu dem Bericht 16 – KoFi städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (mit Anlagen) –, in dem dargestellt werde, inwieweit unter den Maßgaben der Liegenschaftspolitik Verkaufserlöse als Refinanzierung für die Entwicklungsmaßnahmen in dem bisherigen Umfang einzuordnen seien. Dort sei vermerkt – und auch nachvollziehbar –, dass bei einer Umstellung auf Erbbaurechte, die Kosten- und Finanzierungsübersichten und die Planungen grundlegend überprüft werden müssten.

Im Rahmen der ersten Lesung habe SenStadt zu Recht dargestellt, dass es sich um eine große Kooperation handele. Wann könne SenStadt dazu eine diskutierfähige Vorlage vorlegen, um die Grundlagen für die Erlöse aus den Entwicklungsgebieten, die für die Finanzierung der Entwicklungsmaßnahmen entscheidend seien, genauer zu bestimmen?

Lars Loebner (SenStadt) bemerkt eingangs, dass diese Frage zwei Themenbereiche adressiere. Einerseits könne die Frage der Erbpacht finanz-mathematisch gelöst werden, aber man könne andererseits auch über eine einmalige Ablösung diskutieren. Dieser Weg sei rein rechtlich auch möglich. Er könne sich vorstellen, dass die zukünftigen Käufer, die namentlich noch nicht bekannt seien, unterschiedliche Vorlieben hätten. Für die Haushaltsabrechnung sei eine einmalige Zahlung natürlich besser als Zahlungen, die über einen sehr langen Zeitraum liefen. Er bitte um noch etwas Geduld, da das keine einfache Frage sei. Sicher sei, dass das Geld früher oder später kommen werde.

Hinsichtlich des Güterbahnhofs Köpenick sei bislang vorgesehen, dass die Mehrheit der Flächen in landeseigene Unternehmen eingebracht würden. Demnach sei dort die Finanzierung mehr oder weniger geklärt.

Darüber hinaus gebe es eine nicht unbedeutende Anzahl von privaten Eigentümern. SenStadt habe sich im Rahmen des Entwicklungsrechts darum bemüht, Grundstücke zu erwerben. Für die größte Fläche sei der Status eines durchverhandelten Vertrags mit dem Bundeseisenbahnvermögen erreicht. Derzeit werde die Ermittlung der neuen Verkehrswerte abgewartet. Die großen inhaltlichen Hürden seien dort bereits genommen worden.

Bei den weiteren privaten Eigentümern befinde sich SenStadt im Prozess der Abwendungsvereinbarungen. Die Eigentümer hätten bereits signalisiert, dass sie sich das vorstellen könnten. Wie bei den anderen Entwicklungsmaßnahmen erklärten sich die Eigentümer in den Abwendungsvereinbarungen dazu bereit, die Ziele der Entwicklungsmaßnahme umzusetzen und einen entsprechenden Ablösebetrag zu bezahlen. Das trage zur Refinanzierung der gesamten Maßnahme bei.

In einem Werkstattverfahren sei eine Präzisierung des städtebaulichen Entwurfs vorgenommen worden. Die letzte KoFi habe an dem Strukturkonzept am Beginn der Maßnahme ange-

setzt und habe sich mittlerweile leicht verändert, sodass entschieden worden sei, noch mal neu durchzurechnen. Dieser Prozess hänge von den jeweiligen Baurechten und den Nutzungsdichtenkoeffizienten ab, die am Ende in Baurecht gegossen würden. SenStadt sei aktuell dabei, entsprechend der laufenden Planung zu einer weiteren Präzisierung zu gelangen.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, was es bedeute, dass die Frage der Finanzierung bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geklärt sei. Kämen die Mittel dafür aus dem Landeshaushalt? Kauften die Landeseigenen die Grundstücke ganz einfach und zahlten dann den Entwicklungs- und Erlösbetrag? Diese Frage sei auch für die Einschätzung, wie viel der Wohnungsbau am Ende koste, wichtig.

Er habe es so verstanden, dass bisher bei der Finanzierung der Entwicklungsgebiete davon ausgegangen werde, dass insbesondere durch Grundstücksverkäufe Erlöse eingenommen würden. Das sei ein übergreifendes Thema, das nicht nur den Güterbahnhof Köpenick betreffe. Es sei richtig, dass die Einnahmen aus dem Erbbaurecht umgerechnet werden könnten, aber bezogen auf die Dauer könne der Unterschied bei einer offenen Finanzierung gegenüber einer einmaligen Ablösung bei 40 bis 60 Jahren liegen. Er verstehe, dass dieser Punkt kompliziert sei und Anpassungen nötig seien, aber er bitte darum, einen dezidierten Überblick über die Auswirkungen zu erhalten.

Wann könne im Hauptausschuss darüber gesprochen werden, welche konkreten Veränderungsbedarf diese Anpassung der Kalkulation der anteiligen Finanzierung der Entwicklungsmaßnahme durch Verkaufserlöse nach sich ziehe? Sei nur Köpenick davon betroffen, oder sei das ein übergreifendes Thema? Sollte es übergreifend sein – wovon er ausgehe –, müssten die Veränderungen auch entsprechend angepasst werden.

Lars Loebner (SenStadt) hebt hervor, dass nur in Adlershof in Betrieb befindliche Entwicklungsmaßnahmen verkauft würden. Das seien gewerbliche Immobilien, die unter bestimmten Sonderkonditionen – jetzt auch in Erbpacht – verkauft würden. Durch das Treuhandvermögen gebe es dort einen gewissen Puffer. Demnach bestehe noch kein akutes Finanzierungsproblem.

Bei den anderen Entwicklungsgebieten – und auch beim Güterbahnhof Köpenick – stelle sich die Frage des Verkaufs und damit der Refinanzierung innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht. Diese Zeit werde SenStadt nutzen, um der komplexen Fragestellung der Erbpacht in einem kameralistischen Landeshaushaltssystems unter Beachtung des Entwicklungsrechts vertiefter nachzugehen. Die Erbpachtthematik sei im Entwicklungsrecht bisher nicht vorgesehen. Die Umsetzung sei der politische Wille des Landes Berlin, demnach müsse das Problem gelöst werde, sei aber gerade nicht akut.

Steffen Zillich (LINKE) stimmt zu, dass es kein Finanzierungsproblem der nächsten zwei Jahre sei, jedoch sehr wohl ein Finanzplanungsproblem. Er habe jetzt nicht nachgeprüft, inwieweit in der Finanzplanung von SenFin mit Landeszuschüssen für Entwicklungsgebiete gerechnet werde. Bekanntermaßen gebe es dort das eine oder andere Problem.

Er nehme die Aussage, dass SenStadt diesen Prozess in den nächsten zwei Jahren nicht bewältigen könne, gezwungenermaßen zur Kenntnis und bitte aber bis Ende des Jahres 2024 um einen Problemaufriss bezüglich der Entwicklungsmaßnahmen und deren Refinanzierung

durch Ausgleichserlöse und Verkaufserlöse insbesondere betreffend Erbpacht und bestehenden Regelungsbedarf.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) sagt den Bericht zu.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass die Berichte 15 bis 17 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis genommen seien.

b) Bericht SenStadt – Z F 10 – vom 14.11.2023

0719 D Haupt

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52

22. November 2023

Wirtschaftspläne 2023/2024

- Tempelhof Projekt GmbH
- Tegel Projekt GmbH
- Projekt Tegel

gemäß Auflage A. 6 und B. 102 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23

Sebastian Walter (GRÜNE) kommt auf den Bericht 11 – Veränderungen gegenüber dem Investitionsprogramm 2022 – zu sprechen. Dem Fachausschuss sei berichtet worden, dass zu dem Projekt Neue Mitte Tempelhof, obwohl es nicht in das Investitionsprogramm aufgenommen worden sei, auf der Grundlage einer Ausnahmeregelung zu den Ausführungsvorschriften der Landeshaushaltsordnung – AV LHO – in den nächsten beiden Jahren Planungsunterlagen erstellt werden sollten. Er bitte bis September 2024 um einen Bericht zum Stand der Planung und der Finanzierung.

Vorsitzender Stephan Schmidt: hält fest, dass der Berichtsauftrag ausgelöst sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 0719 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 52609 – Thematische Untersuchungen** 

### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen zum Einzelplan 12

hier: lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

#### Titel 52611 – Städtebauliche Wettbewerbe

### hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 12
hier: lfd. Nr. 6

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 12
hier: lfd. Nr. 4

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD ohne Aussprache ab.

### Mitberaten wird:

a) Bericht SenStadt – II A 36 – vom 31.10.2023

Konzept zur städtebaulichen Entwicklung der
Historischen Mitte Berlin

(Berichtsauftrag aus der 42. Sitzung vom 27.09.2023)

**Steffen Zillich** (LINKE) bittet darum, dass ein Fortschrittsbericht zur städtebaulichen Entwicklung der Historischen Mitte Berlin bis September 2024 vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 0749 C zur Kenntnis.

b) Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 18 – TA 7

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht 18 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen sei.

# Titel 54005 – Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten

### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 12
hier: lfd. Nr. 5
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ohne Aussprache ab.

Titel 54047 – Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel Titel 83111 – Kapitalzuführung an die Tegel Projekt GmbH Titel 89365 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 Haupt hier: lfd. Nr. 3

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 12 Haupt hier: lfd. Nr. 3 (Titel 54047)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 3 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 54047 – Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel

2024: - 2.139.000 € 2025: - 2.842.000 €

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 19

**Steffen Zillich** (LINKE) konstatiert, dass SenStadt in aller Kürze dargelegt habe, dass die im konsumptiven Zuschusstitel noch erwogene Fremdfinanzierung nicht weiter verfolgt werde. Welche Idee habe dahinter gestanden?

Holger Lippmann (SenStadt) gibt Auskunft, es sei geprüft worden, ob die Projekte und Maßnahmen in Tegel kapitalmarktfinanzierungsfähig seien. Darüber sei mit der IBB und anderen Kreditinstituten in Abstimmung mit SenFin gesprochen worden. Letztendlich sei entschieden worden, dass die Konditionen für eine Fremdfinanzierung nicht wirtschaftlich gewesen seien.

**Steffen Zillich** (LINKE) bemerkt, dass er sich über den kurzen Veranschlagungszeitraum angesichts der vorgesehenen VE gewundert habe. – Er bitte seitens des Senats um Bestätigung, dass er den Bericht richtig lese, dass das Thema Holzbauhütte abgesagt sei. Das finde er sehr schade. Inwieweit gebe es unabhängig von der Holzbauhütte Verabredungen mit den Bauherren hinsichtlich Gestaltung, Standardisierung und Verwendung von Bauteilen?

Holger Lippmann (SenStadt) antwortet, mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sei abgestimmt worden, dass im Schumacher-Quartier überwiegend Holzbau realisiert werden solle. Das werde auch ein Auswahlkriterium für die im Konzeptverfahren zu vergebenen Baufelder sein.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht 19 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis genommen sei.

### Titel 54053 – Veranstaltungen

### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 4	1100 V Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 7	1100 BK Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Einzelplan 12 <a href="https://doi.org/10.108/journal.2007.00">hier: 1fd. Nr. 4</a>	1100 BN Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 4 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

2024: + 50.000 €

Anpassung der Tabelle:

TA 2 wird wie folgt neu gefasst: ,Veranstaltungen zur Baukultur und zur gestalterischen Qualifizierung der Quartiere im Kontext des Bündnis Wohnungsneubau sowie zu frauengerechter Stadtplanung.'

2024: 150.000 € 2025: 50.000 €

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 20 – TA 3 (Bauausstellung)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob er es richtig gesehen habe, dass die Internationale Bauausstellung – IBA – ausschließlich in diesem Titel adressiert sei. – Seiner Einschätzung nach seien jenseits der angeführten Sondierungsmaßnahmen innerhalb des Zeitraums des Doppelhaushalts weitere Aufgaben notwendig, wie z. B. die Gründung einer Gesellschaft. Wie solle diese Gründung aus dem Veranstaltungstitel finanziert werden? Er wundere sich diesbezüglich über die vorgenommene Veranschlagungstechnik. SenStadt verweise zu Recht darauf, dass die Investitionskosten für die IBA Projekte aus den jeweiligen Projektmitteln des Haushaltsplans erfolgten. Darüber hinaus fielen jedoch weitere Kosten an. Wie hoch schätze SenStadt die Gesamtkosten jenseits der Projektkosten ein?

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, dass ergänzend zu den aktuellen Fragen des Abgeordneten Zillich bis Ende 2024 ein Folgebericht zur IBA mit dem Stand der Planung und den haushalterischen Folgen vorgelegt werde.

**Dr. Kristin Brinker** (AfD) fragt, inwieweit die Brandenburger Kollegen in die Sondierungsphase – möglicherweise auch finanziell – mitinvolviert seien.

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) antwortet, es gebe zur IBA keinen weiteren Titel, demnach müsse auch die etwaige Gründung einer Projektgesellschaft aus dem Veranstaltungstitel finanziert werden. Das solle bis zur Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltsentwurfs durch den Senat geändert werden.

**Julia Feier** (SenStadt) ergänzt, SenStadt befinde sich mit der Brandenburger Staatskanzlei, dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und mit einzelnen Kommunen im Austausch. Konkrete Vereinbarungen zu einer Zusammenarbeit, einer gemeinsamen Finanzierung etc. seien für das nächste Jahr geplant.

**Steffen Zillich** (LINKE) wiederholt seine Frage, wie hoch die Gesamtkosten jenseits der Projektkosten eingeschätzt würden.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) bietet an, diese Frage in den bereits beauftragen Bericht mitaufzunehmen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Berichtsauftrag ausgelöst und der Bericht 20 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis genommen sei.

Titel 54065 – Vorbereitung von größeren Beschaffungen oder größeren Entwicklungsvorhaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 12
hier: lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

# Titel 54082 – Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof (Tempelhof Projekt GmbH)

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 21 – TA 1

**André Schulze** (GRÜNE) bittet darum, den Titelaufwuchs und die mit der Tempelhof Projekt GmbH neu vereinbarten Zielen zu erläutern.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) sagt zu, diese Fragen in einem Folgebericht zu beantworten.

**Vorsitzender Stephan Schmidt** hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 24. Januar 2024 erwartet werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht 21 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

### Titel 68569 - Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	1100 BK
Die Grünen zum Einzelplan 12	Haupt
hier: lfd. Nr. 9	_

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023	<u>1290</u>
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12	
hier: Bericht 2	

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht 2 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

# Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

### Titel 89111 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen

### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen zum Einzelplan 12

Haupt

Hier: Ifd. Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

# Titel 89364 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023
 hier: lfd. Nr. 5

 b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum
 Einzelplan 12

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Nr. 5 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

2024: - 1.000.000 € 2025: - 1.000.000 €

hier: lfd. Nr. 5

# Titel 89382 – Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 22

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht 22 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

# Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 23 – Folgebericht zur roten Nr. 0478 B

Bericht 24 –Roadmap

**Steffen Zillich** (LINKE) bittet darum, die Zahlenreihen/-angaben in dem Bericht rote Nr. 0992 B zur Schaffung von Wohnraum durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften direkt vergleichend mit den Zielen der alten Roadmap vorzulegen.

Des Weiteren interessiere ihn, ob der Senat beabsichtige, die Wohnungsbauziele der aktuellen Richtlinien der Regierungspolitik im Sinne einer Roadmap in den Neubauvorgaben für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu konkretisieren; wenn ja, wann werde diese Konkretisierung vorliegen?

Dirk Böttcher (SenStadt) sagt einen weiteren Bericht zur Roadmap zu, in dem auch die soziale Wohnraumförderung stärker hervorgehoben werde. Die Roadmapziele sollten von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften verstärkt durch Neubau, aber auch durch den Ankauf von Wohnungsbeständen erreicht werden. Erklärtes Ziel sei es, jährlich 5 000 Wohnungen im Neubau zu fördern und damit auch die Wohnungsbaugesellschaften dabei zu unterstützen, ihre Neubauziele im Rahmen der Roadmap zu erreichen. Die Richtlinien der Regierungspolitik definierten als langfristiges Ziel hinsichtlich des Wachstums der städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Schaffung von 500 000 Wohnungen. Dazu könne aber noch kein genauer Jahresplan hinterlegt werden.

Steffen Zillich (LINKE) macht deutlich, sein Berichtswunsch ziele darauf ab, anhand einer Tabelle die Zahlenangaben aus dem Bericht rote Nr. 0992 B mit den Zielen der alten Roadmap aus den Jahren 2016 bzw. 2017 zu vergleichen. – Beabsichtige der Senat, die Ziele der Richtlinien der Regierungspolitik wieder in einer Roadmap den Wohnungsbaugesellschaften als Vorgaben vorzulegen?

**Dirk Böttcher** (SenStadt) erklärt, der Senat habe zugesagt, das Ziel von 400 000 städtischen Wohnungen – inklusive der Wohnungen der berlinovo – bis 2026 zu erreichen. SenStadt werde alle möglichen Unterstützungsmaßnahmen anwenden, um den städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Erweiterung ihrer Bestände durch Ankauf und Neubau zu ermöglichen. Er könne jedoch keinen konkreten Zeitplan nennen, bis wann welche Wachstumsscheibe definiert sein werde.

**Steffen Zillich** (LINKE) wiederholt seine Frage: Beabsichtige der Senat, die Wohnungsbauziele aus den Richtlinien der Regierungspolitik in so etwas wie einer Roadmap für die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften zu konkretisieren?

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) wiederholt, es gebe eine Roadmap bis zum Jahr 2026. Bis dahin solle das Ziel 400 000 Wohnungen im Bestand der landeseigenen Wohnungsgesellschaften erreicht sein. Er könne sich vorstellen, dass es auch danach eine Roadmap geben werde, aber dazu könne aktuell niemand eine Aussagen treffen.

Steffen Zillich (LINKE) gibt an, dass ihn der genaue Erfüllungsstand der Roadmap 2026 interessiere. Im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling sei bei der regelmäßigen Vorlage der Roadmap festgestellt worden, dass sich die Unternehmens-, Neubau- und Investitionsplanungen der landeseigenen Unternehmen nicht mehr an der Roadmap sondern an anderen Kriterien orientierten. Teilweise seien die Investitionsziele in den mittelfristigen Planungen der Wohnungsbaugesellschaften so angelegt, dass sie deutlich abflachten und keine weiteren Investitionen vorsähen. Dadurch entstehe eine merkwürdige Differenz zwischen dem, was die Unternehmen planten, und dem, was der Senat als Bauziel – auch im öffentlichen Bereich und auch durch die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften – angebe.

Wenn die Aussage des Senats sei, dass die Roadmap bis 2026 weiterhin die Grundlage zur Umsetzung der Ziele der Richtlinien der Regierungspolitik sei, dann glaube er nicht, dass das Ziel noch realistisch sei, denn die Unternehmen verfolgten eine andere Planungsgrundlage. Diesen Eindruck müssten auch alle, die im UA Beteiligungsmanagement und -controlling die Berichte der Wohnungsbaugesellschaften zur Kenntnis genommen hätten, teilen. Da die Planungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften derzeit nicht vorsähen, die vorgegebenen Ziel des Senats umzusetzen, frage er, ob der Senat weiterhin seine Ziele – im Sinne von Vorgaben für die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften – umsetzen wolle. Darauf hätte er gern eine Antwort vom Senat, wenn es sein müsse schriftlich, bis zur Restelesung. Das sei eine zentrale Frage, die die Ziele des Landeshaushalts und der Regierung insgesamt betreffe.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) antwortet, dass bis 2026, um das gesteckte Ziel zu erreichen, 23 634 Wohnungen hergestellt oder angekauft werden müssten. Zudem liege es in der Natur der Sache, dass die Wohnungsneubauziele des Senats von den Mittelfristplanungen der Unternehmen, die kontinuierlichen Anpassungen unterlägen, abwichen. Er biete an, bis zum 24. Januar 2024 einen überarbeiteten Folgebericht vorzulegen. Die Zahlen der sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen und der berlinovo innerhalb der Haushaltsberatungen aufzuliefern, halte er, auch angesichts der aktuellen Entwicklungen, die sich in der gesamten Branche derzeit abspielten, für schwierig.

**Steffen Zillich** (LINKE) stellt richtig, dass er nicht darum gebeten habe, dass innerhalb der Haushaltsberatungen eine neue Roadmap vorgelegt werde – er begrüßte es, wenn diese bis zum 24. Januar 2024 vorliege –, sondern er habe danach gefragt, ob der Senat beabsichtige, eine solche Roadmap zu entwickeln und den Wohnungsunternehmen Vorgaben zu machen. Diese Frage wolle er bis zur Restelesung beantwortet haben.

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) bekräftigt, der Senat werde das Ziel, 400 000 Wohnungen herzustellen, weiter verfolgen, er werde sich jedoch von dem Abgeordneten Zillich nicht in die Antwort drängen lassen, in welcher Form und in welcher Systematik die Roadmap fortgeführt werde. Er sage zu, die Frage bis zur Restelesung zu beantworten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Der Ausschuss nimmt die Berichte 23 und 24 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

### **Titel 52609 – Thematische Untersuchungen**

# hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	1100 BK
Die Grünen zum Einzelplan 12	Haupt
hier: lfd. Nr. 11	

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

# Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023	<u>1290</u>
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12	_
hier: Bericht 25 –TA 3	

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache den Bericht 25 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

# Titel 54010 – Dienstleistungen

### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 6	1100 V Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 12	1100 BK Haupt
c)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum <b>Einzelplan 12</b> <u>hier:</u> lfd. Nr. 7	1100 BM Haupt
d)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum  Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 6	1100 BN Haupt

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Nr. 6 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

2024: + 240.000 € 2025: + 240.000 €

VE 2024: +240.000 € (Davon fällig: 2025 + 240.000) VE 2025: +240.000 € (Davon fällig: 2026 + 240.000)

Anpassung der Erläuterung:

Nr. 5 wird wie folgt neu gefasst:

,Für die Beauftragung bezirklicher Beratungen für Mietende sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 1.800.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 1.800.000 € veranschlagt.

### Mitberaten wird:

a)	Bericht SenFin – I B 1 Bo – vom 07.11.2023 <b>Koordination Vergesellschaftungsrahmengesetz</b> (Berichtsauftrag aus der 47. Sitzung vom 18.10.2023)	<u>1281</u> Haupt
b)	Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	<u>1290</u> Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12 hier: Bericht 26 – Volksentschied Vergesellschaftung

**Steffen Zillich** (LINKE) bezieht sich auf den Bericht 26, in dem SenStadt darstelle, dass die Federführung bezüglich der Umsetzung des Volksentscheids Vergesellschaftung bei SenFin angesiedelt sei und deshalb auch dort die Mittel dafür etatisiert seien. Wie sehe es diesbezüglich bei SenFin aus?

André Schulze (GRÜNE) schließt sich der Frage an. Der Bericht rote Nr. 1281 erinnere ihn an das Motto: "Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis". Es sei eine deutliche Entschleunigung des Verfahrens zum Vergesellschaftungsrahmengesetz zu erkennen. Als SenStadt noch federführend gewesen sei, habe Senator Gaebler davon gesprochen, dass der Gesetzentwurf Ende 2024 vorliegen werde, nun solle zunächst ein Gutachten in Auftrag gegeben werden, das im dritten Quartal 2024 abgeschlossen sein werde. Demnach werde ein knappes Jahr vergehen, ohne dass man sich dem Vergesellschaftungsrahmengesetz wirklich genähert habe. Wann beabsichtige der Senat das Gesetz vorzulegen? Was sei der konkrete Inhalt des beauftragten Gutachtens, auch in Abgrenzung zu der Expertinnen- bzw. Expertenkommission, die sich insbesondere den verfassungsrechtlichen Fragen der Vergesellschaftung angenommen habe?

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) führt aus, die Erarbeitung bzw. die Prüfung des Vergesellschaftungsrahmengesetzes sei Teil des Koalitionsvertrags und der Richtlinien der Regierungspolitik. Vergesellschaftung könne mehrere Bereiche betreffen und gehe über

"reines Wohnen" hinaus. Deswegen sei es richtig, bestimmte verfassungsrechtliche Fragen zu klären. Es sei vorgesehen, ein externes Rechtsgutachten einzuholen. Nach weiteren Konkretisierungen der Fragen solle das Gutachten im ersten Quartal 2024 beauftragt werden und bis zum dritten Quartals 2024 möglichst abgeschlossen sein. Bei Bedarf werde weitere Expertise hinzugezogen. Erst wenn das Rechtsgutachten vorliege, könne Auskunft über den weiteren Zeitplan für die Erarbeitung eines Gesetzentwurfes gegeben werden.

**Staatssekretär Alexander Slotty** (SenStadt) stellt klar, dass Senator Gaebler niemals behauptet habe, dass der Gesetzentwurf bis Ende 2023 vorliegen werde, sondern er habe als Zeitpunkt Spätsommer 2024 genannt.

**Steffen Zillich** (LINKE) bemerkt, dass der Gesetzentwurf bis zum Spätsommer 2024 vorliegen werde, sei interessant. – Ihn interessiere aber insbesondere, welcher Fragestellung das externe Rechtsgutachten nachgehen solle, dem verfassungsrechtlichen Rahmen oder der Frage, inwieweit Landesrahmengesetze den Rahmen für andere Landesgesetze bilden könnten?

André Schulze (GRÜNE) bedankt sich bei Staatssekretär Slotty für die Richtigstellung. Dennoch bleibe das Problem bestehen, dass für den Spätsommer 2024 nur ein Gutachten und kein fertiges Gesetz vorgesehen sei. Den Zeitplan für das Gutachten habe er verstanden. Seine Frage sei, ob innerhalb dieser Legislaturperiode der Entwurf für ein Vergesellschaftungsrahmengesetz vorgelegt werde. Die ursprüngliche Variante habe vorgesehen, dass innerhalb dieses Zeitrahmens u. a. die Prüfung durch das Verfassungsgesetz durchgeführt werden könne. Das sei mit dem aktuellen Zeitplan schwierig. – Er greife die Eingangsfrage des Abgeordneten Zillich auf, ob im Haushalt von SenFin Mittel für dieses Gutachten in den Gutachtentiteln etatisiert seien.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) weist darauf hin, dass sie bereits in ihren einleitenden Ausführungen dargestellt habe, dass sich die Beauftragung des Rechtsgutachtens und damit einhergehend der Umfang und die konkreten Ausformulierungen der Fragen in Bearbeitung befänden. Der weitere Zeitplan, wann ein Gesetzentwurf erarbeitet und vorgelegt werde, könne erst, wenn das Gutachten vorliege. Dass verfassungsrechtliche Fragen bei so einem sensiblen Thema sehr sorgfältig geprüft werden müssten, habe nicht erst die vergangene Woche gezeigt.

**André Schulze** (GRÜNE) bekundet, er habe immer noch nicht verstanden, aus welchem Titel das Gutachten finanziert werden solle. Diese Frage sei weiterhin offen. – Wann könne mit der Vorlage des Gutachtenauftrags im Hauptausschuss gerechnet werden?

**Steffen Zillich** (LINKE) fragt, ob er die Staatssekretärin richtig verstanden habe, dass der verfassungsrechtliche Rahmen erneut geprüft werden solle. – Darüber hinaus schließe er sich den Fragen des Abgeordneten Schulze an.

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) fasst zusammen, die Ausschreibung für das Gutachten werde im ersten Quartal 2024 erfolgen. Damit seien der Umfang und die Konkretisierung der Fragen öffentlich. Beides werde dann auch dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt.

**Steffen Zillich** (LINKE) hält fest, die Staatssekretärin habe nicht dementiert, dass der verfassungsrechtliche Rahmen noch einmal beleuchtet werden solle. Das bewerte er als ein Ja.

Habe er es richtig verstanden, dass Senator Gaebler niemals gesagt habe, dass der Gesetzentwurf bis Ende 2023, sondern bis Sommer 2024 vorliegen werde, aber nach dem Zeitplan der Finanzverwaltung die Ausschreibung zu einem Gutachten im ersten Quartal 2024 stattfinden werde? Demnach werde das Gutachten sicherlich nicht im ersten Quartal 2024 vorliegen. Laut der Aussage der Staatssekretärin werde der weitere Zeitplan, wann man zu einem Gesetz kommen werde, erst nach Vorlage des Gutachtens konkretisiert. Das bedeute, zu dem Zeitpunkt, zu dem Senator Gaebler den Gesetzentwurf zugesagt habe, werde man frühestens einen weiteren Zeitplan zur Erarbeitung des Gesetzentwurfs vorlegen können. Er bitte die Staatssekretärin, diese Differenz aufzulösen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) hält dem entgegen, der Abgeordnete Zillich habe ihre Äußerungen missverständlich zusammengefasst. Sie habe gesagt: Wenn das Gutachten vorliege, könne der Zeitpunkt, wann der Gesetzentwurf eingebracht werde, klarer benannt werden. Das schließe nicht aus, dass das Gutachten und ein möglicher senatsinterner Diskussionsentwurf miteinander abgeglichen würden, bzw. zunächst das Gutachten ausgewertet werde, bevor ein Gesetzentwurf vorgelegt werde. Das könne direkt nach der Vorlage des Gutachtens, aber auch etwas später sein. Darüber zu spekulieren, sei nicht zielführend. Darin liege kein Widerspruch zu der Aussage von Senator Gaebler. Es sei besser, bei solchen Gesetzen die verfassungsrechtlichen Fragen intensiv zu prüfen, statt einen bestimmten Zeitpunkt unbedingt einzuhalten.

**André Schulze** (GRÜNE) bemerkt, er sei gespannt auf den Inhalt des Gutachtenauftrags. – Da die Staatssekretärin keinen anderen Titel hinsichtlich der Finanzierung benannt habe, gehe er davon aus, dass es sich um den Gutachtentitel im Kopfkapitel der Senatsverwaltung für Finanzen handele.

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) bestätigt das. Je nach Umfang werde das Vorgehen dem Hauptausschuss vorgelegt werden.

**Steffen Zillich** (LINKE) fragt, ob er die Staatssekretärin richtig verstanden habe, dass die Möglichkeit bestehe, dass der Senat zunächst selbst einen Entwurf schreiben werde, der dann begutachtet werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) verneint das.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1281 und den Bericht 26 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

### Titel 54021 – Dienstleistungen für die Förderprogramme der Städtebauförderung

### hierzu:

a)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/	<u>1100 BK</u>
	Die Grünen zum Einzelplan 12	Haupt
	<u>hier:</u> lfd. Nr. 13	

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 12
hier: lfd. Nr. 8

Haupt

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der AfD ab.

### Titel 68240 - Zuschuss an die Wohnraumversorgung Berlin

### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum	<u>1100 BM</u>
Einzelplan 12	Haupt
hier: 1fd. Nr. 9	

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ohne Aussprache ab.

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023	<u>1290</u>
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12	
hier: Bericht 27	

**Steffen Zillich** (LINKE) fragt, wann der überarbeitete Berichtsentwurf zur Thematik der bedarfsgerechten Erweiterung der Bau- und Planungskapazitäten der WVB AöR vorliegen werde. Er bitte darum, dass dieser Bericht dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt werde.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) antwortet, dass SenStadt derzeit noch keinen Termin nennen könne.

**Steffen Zillich** (LINKE) bittet darum, dass der Bericht nach Überarbeitung dem Hauptausschuss unaufgefordert zur Verfügung gestellt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht 27 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

### Titel 68544 – Projekte der Freiwilligenarbeit

### hierzu:

a) Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023

 hier: lfd. Nr. 7

 b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum

 Einzelplan 12
 hier: lfd. Nr. 7

Ohne **Aussprache** nimmt der Ausschuss die Nr. 7 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Keine Ansatzveränderung.

Anpassung der Erläuterung:

Nach Satz eins wird folgender Text eingefügt: "Es sollen auch Ausgaben mit der gleichen Zielsetzung für konkrete Pilotprojekte bereitgestellt werden. Pro Jahr werden 100.000 € für den Erhalt soziokultureller Projekte im Bereich RAW-Tempel zur Verfügung gestellt."

Der bisherige Satz zwei wird wie folgt neu gefasst: "Dafür sind in 2024 und 2025 Ausgaben von jeweils 2.400.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 1.500.000 € veranschlagt."

Der bisherige Satz fünf wird wie folgt neu gefasst: "Für Sauberkeit und Sicherheitsempfinden in Großsiedlungen werden darüber hinaus in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 1.000.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 700.000 € bereitgestellt.

wird angenommen.

# Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 8	1100 V Haupt
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum <b>Einzelplan 12</b> <u>hier:</u> lfd. Nr. 10	1100 BM Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum  Einzelplan 12  hier: Ifd. Nr. 8	1100 BN Haupt

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Nr. 8 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

2024: + 247.000 €

Anpassung der Erläuterung:

Der Text zu Nr. 2 wird wie folgt gefasst: "Für den Betrieb des Projektbüros und die Erarbeitung eines Schlussberichts mit Umsetzungsperspektive für das Projekt Flussbad sind 2024 300.000 € und 2025 53.000 € Ausgaben veranschlagt.""

wird angenommen.

### Titel 89361 – Zuschüsse zur Förderung von Nationalen Projekten des Städtebaus

### hierzu:

	lung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 hier: 1fd. Nr. 9	Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum  Einzelplan 12  hier: lfd. Nr. 9	1100 BN Haupt

a) Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwick-

1100 V

Inhaltsprotokoll Haupt 19/52 22. November 2023

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Nr. 9 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Keine Ansatzveränderung.

Anpassung der Erläuterung:

In Absatz 2 wird folgender Satz ergänzt: 'Die erforderlichen Mittel für die Realisierung der Freitreppe zum Spreekanal am Humboldtforum werden aus dem Förderprogramm finanziert.

wird angenommen.

# Titel 89374 – Städtebauförderung Lebendige Zentren und Quartiere

### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen zum Einzelplan 12
Haupt
hier: lfd. Nr. 14

Der **Ausschuss** lehnt dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

### Titel 89375 – Europa im Quartier

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum

Einzelplan 12

hier: Ifd. Nr. 11

Der Ausschuss lehnt dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD ohne Aussprache ab.

### Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 28 – Mittel zur Umsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts im SIWA

Bericht 29 – Förderung des Neubaus von Wohnraum für soziale Träger

**Steffen Zillich** (LINKE) äußert seine Verwunderung über die Aussage im Bericht 28 – Mittel zur Umsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts im SIWA:

Die im SIWA zur Ausübung der Vorkaufsrechte zur Verfügung stehenden Mittel im Kapitel 9810, Deckungskreis 33, bei den Titeln 82017, 82018 und 82019 sind vollständig verausgabt oder gebunden. Daher stehen im SIWA keine Mittel zur Umsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts zur Verfügung

Der Hauptausschuss habe sich in diesem Herbst häufiger mit dem Thema beschäftigt, und bei einer Einzelabrechnung der Projekte und des Buchungskreises habe es sich bezüglich dieser drei Titeln nicht so dargestellt, dass sämtliche Mittel ausgegeben oder gebunden seien. Demnach handele es sich um eine neue Entwicklung. Deswegen bitte er darum, dass die Abrechnung der Maßnahmenbelegung des Buchungskreises 33 des SIWAs betreffend die Mittel zur Umsetzung des kommunalen Vorkaufsrechts mit aktuellem Stand vorgelegt werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) schlägt als Termin den 24. Januar 2024 vor.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält das so fest.

Steffen Zillich (LINKE) bekundet mit Bezug auf Bericht 29 – Förderung des Neubaus von Wohnraum für soziale Träger –, dass er daran mitgewirkt habe, das Programm "Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen" als Zusatzförderung in dem Titel zu verankern. SenFin habe darauf hingewiesen, dass das Programm erst jetzt in Kraft treten könne, da die Stellungnahme des Rechnungshofs noch ausstehe. Das bedeute, dass im laufenden Doppelhaushalt das Programm nur einen Monat laufen werde. Habe es Vorgespräche gegeben, damit dieses Programm in dem Zeitraum noch genutzt werden könne? Gebe es im aktuellen Haushaltsentwurf in der Erläuterung des Wohnungsbauförderungstitels Hinweise darauf, dass innerhalb des Titels weitere Mittel für dieses Programm vorgesehen sein könnten? Inwieweit könnten auf der Grundlage der Verwaltungsvorschriften, wenn sie nach der Stellungnahme des Rechnungshofs anwendbar seien, auch Mittel des kommenden Doppelhaushalts bewirtschaftet werden?

**Dirk Böttcher** (SenStadt) stimmt zu, dass es äußerst unwahrscheinlich sei, wenn das Programm erst im Dezember in Kraft trete, ein Bewilligungsfall bis Weihnachten vorliegen werde. In den folgenden Jahren könne jedoch aus den Mitteln des Wohnraumförderfonds die Zusatzbewilligung geleistet werden, da dies auf den Wohnraumförderungsbestimmungen und demnach auf der Neubauförderung aufbaue. Demnach stünden die Mittel des Wohnraumförderfonds zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Berichte 28 und 29 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

### Titel 18141 – Rückflüsse von Wohnungsbauförderdarlehen

#### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 30

Steffen Zillich (LINKE) weist darauf hin, dass die erwarteten Einnahmen bis 2024 relativ konkret gefasst und für die Jahre 2025, 2026 und 2027 auf jeweils 80 Mio. Euro geschätzt worden seien. Könne SenFin seine Annahme bestätigen, dass die außerplanmäßigen Einnahmen aus der Differenz der planmäßigen Einnahmen von den angenommenen 80 Mio. Euro gebildet worden seien? Er teile die Ansicht, dass das Vorgehen, Erfahrungswerte einzubringen, plausibel sei.

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) bestätigt die Vermutung des Abgeordneten Zillich.

Der Ausschuss nimmt den Bericht 30 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 zur Kenntnis.

### Titel 68255 – Zuschuss im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 31

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht 31 der Sammelvorlage rote Nr. 1290 ohne Aussprache zur Kenntnis.

# Titel 86344 – Eigenkapitalersatzdarlehen für Mieterhaushalte umgewandelter Wohnungen

### hierzu:

a)	Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 9. Oktober 2023 hier: lfd. Nr. 10	1100 V Haupt
b)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 15	1100 BK Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum  Einzelplan 12  hier: lfd. Nr. 10	1100 BN Haupt

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Nr. 10 der Stellungnahme rote Nr. 1100 V zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

```
2024: +680.000 €

2025: +1.680.000 €

VE 2024: +2.000.000 €* (Davon fällig: 2025 +2.000.000)

VE 2025: +2.500.000 €* (Davon fällig: 2026 +2.500.000)
```

wird angenommen.

<sup>\*</sup> Redaktionell von den antragsstellenden Fraktionen vor der Abstimmung korrigiert.

Titel 88402 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)

Titel 88405 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Genossenschaften

### hierzu:

a)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 16 (Titel 88402)	1100 BK Haupt
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum <b>Einzelplan 12</b> <u>hier:</u> lfd. Nr. 12 (Titel 88402)	1100 BM Haupt
c)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Einzelplan 12 hier: lfd. Nr. 17 (Titel 88405)	1100 BK Haupt
d)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum <b>Einzelplan 12</b> hier: lfd. Nr. 13 (Titel 88405)	1100 BM Haupt

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Änderungsanträge der AfD-Fraktion ab.

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023	<u>1290</u>
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12	
hier: Bericht 32	

**Steffen Zillich** (LINKE) bedankt sich eingangs für den Bericht. Sei seine Schlussfolgerung richtig, dass jenseits der gebundenen Zuführungen und der Tilgungsrückflüsse keine weitere für die Programme zur Verfügung stehende Liquidität im Sondervermögen sei, wie es die Tabelle nahelege? – [Dirk Böttcher (SenStadt) nickt.] – Demnach sei die Annahme von SenStadt, dass die Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 793 Mio. Euro vollständig in Anspruch genommen werde. Wie sei der Ist-Stand der Inanspruchnahme der VE?

**Dirk Böttcher** (SenStadt) antwortet, SenStadt gehe davon aus, dass die Bewilligungen des Jahres 2023 dazu führten, dass der Verpflichtungsrahmen bzw. das Programmvolumen 2023 bis zum Jahresende nahezu ausgeschöpft sein werde. Konkrete Euro- oder Centbeträge könne er nicht nennen, es sei jedoch ablesbar, dass die WFB 2023, nachdem in diesem Jahr auch einige Bewilligungen nach der WFB 2022 getätigt worden seien, gut angenommen würden.

**Steffen Zillich** (LINKE) entgegnet, er wolle keine centgenauen Beträge, sondern eine ungefähre Angabe es Ist-Stands genannt bekommen.

**Dirk Böttcher** (SenStadt) antwortet, SenStadt befinde sich zusammen mit der Investitionsbank noch im Prüfungs- und Bewilligungsprozess. Seine Aussage, dass der Verpflichtungsrahmen nahezu ausgeschöpft werde, sei wörtlich zu nehmen. Das bedeute, der Betrag, der in der Tabelle stehe, sei nahezu erreicht.

Steffen Zillich (LINKE) zieht daraus die Folgerung, dass, falls sich die bezifferten Altverpflichtungen in dieser Form verwirklichten und mit außerplanmäßigen Tilgungsrückflüssen nicht gerechnet werde, jetzt schon absehbar sei, dass dieser Titel für 2024 dramatisch unterveranschlagt sei. Für den Neubau werde ein Liquiditätsbedarf von 450 Mio. Euro angenommen, die nach den Äußerungen von SenStadt auch tatsächlich abflössen, veranschlagt seien jedoch 350 Mio. Euro. Wie sei diese Diskrepanz zu erklären?

**Dirk Böttcher** (SenStadt) antwortet, die Auszahlungen erfolgten nach Baufortschritt der einzelnen Projekte. Das bedeute, bei Bewilligungen nach dem Wohnungsbauprogramm 2023, gälten die Abflussschlüssel, nach denen über sechs Haushaltsjahre nach Baufortschritt ausgezahlt werde. Darauf basierend seien die Kassenmittelraten für den Doppelhaushalt 2024/2025 festgelegt worden.

**Steffen Zillich** (LINKE) fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass SenStadt davon ausgehe, dass die Verpflichtungen, die Berlin mit den Förderzusagen eingehe, zumindest zeitlich nicht im angenommenen Umfang realisiert würden, sodass deswegen die Verpflichtungen nicht vollständig kassenwirksam würden.

**Dirk Böttcher** (SenStadt) weist darauf hin, dass der Abflussschlüssel in der Tabelle in der Anlage zu dem Bericht oben rechts dargestellt sei. Dort sei zu erkennen, von welchen prozentualen Abflüssen nach Baufortschritt der bewilligten Projekte in den einzelnen Programmen ausgegangen werde. Aus der Summe der Altverpflichtungen und der Neuverpflichtungen abzüglich der Tilgungsrückflüsse ergäben sich die Gesamtbedarfe für die einzelnen Jahresscheiben.

**Steffen Zillich** (LINKE) wendet ein, dass bei der Bildung dieser Angaben dieser Abflussschlüssel zugrunde gelegt sei. Das habe er nicht im Einzelnen nachgeprüft, aber davon gehe er aus. Oder unterschieden sich die VE-Jahresscheiben von dem Abflussschüssel?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) verweist darauf, dass diese Fragen im Bericht unter Ziffer II beantwortet werde.

**Steffen Zillich** (LINKE) entgegnet, er habe nicht zu Ziffer II gefragt, sondern er beziehe sich auf die Tabelle. Der Gesamtbedarf für den Neubau werde unter Berücksichtigung der Rückflüsse im Jahr 2024 auf 453 Mio. Euro beziffert. Dem gegenüber stehe ein Haushaltsansatz von 350 Mio. Euro. Wie könne diese Diskrepanz erklärt werden?

**Staatssekretärin Tanja Mildenberger** (SenFin) fragt, welche VE-Veranschlagung gemeint sei. An der benannten Stelle gehe es um die Liquidität im Wohnraumförderfonds. Sie verstehe

die Frage des Abgeordneten nicht und biete an, die Frage entweder schriftlich oder am Rande der Sitzung zu klären.

Vorsitzender Stephan Schmidt schlägt vor, dass die Fragen bis Freitag eingereicht und dann bis zur Restelesung beantwortet würden.

**Steffen Zillich** (LINKE) erwidert, es gehe ihm bei seiner Frage nicht um die VEs, sondern um den Kassenbedarf, der aus einer Abflussprognose hergeleitet werde. In der Nettorechnung, in der die Rückflüsse bereits berücksichtigt seien, stehe ein Kassenbedarf von 450 Mio. Euro. Dem stehe ein Ansatz von 350 Mio. Euro gegenüber.

**Dirk Böttcher** (SenStadt) antwortet, diese Differenz solle aus den noch vorhandenen Mitteln des Sondervermögens ausgeglichen werden.

- mo -

**Steffen Zillich** (LINKE) fasst zusammen, die Differenz sei im Sondervermögen durch doch noch vorhandene Mittel gefüllt – danach habe er anfangs gefragt. Wie lange reichten diese Mittel, um die Differenz zwischen Kassenbedarf und Haushaltsansatz auszugleichen? Wie viel Liquidität, mit dem diese Differenz gefüllt werden könne, bestehe im Sondervermögen?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) schlägt vor, die Frage schriftlich zu beantworten.

Steffen Zillich (LINKE) sagt zu, sie könnten so verfahren. Zu II teile er die Annahmen von SenStadt nicht, aber es könne dennoch eine Form von Wohnungsbaufinanzierung geben. Das Land werde nicht daran gehindert, es zu tun, auch wenn es im Bundesgesetz nicht vorgesehen sei. SenStadt schreibe, dass sie eine Vergleichsrechnung aufgrund fehlender Annahmegrundlagen nicht machen könnten. Welche Annahmegrundlagen brauche die Senatsverwaltung, um diese Vergleichsrechnung vornehmen zu können? Er bitte um einen Bericht.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der Ausschuss nimmt den Bericht lfd. Nr. 32 zur Kenntnis.

Titel 88409 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von klimagerechtem Bauen –

### Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12

hier: Bericht 33

Der Ausschuss nimmt den Bericht lfd. Nr. 33 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 88410 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Junges Wohnen –

### hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen zum Einzelplan 12

hier: Ifd. Nr. 18

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

### Mitberaten wird:

Bericht SenStadt – IV A 23 – vom 14.09.2023

Verwaltungsvorschriften zur Förderung des Haupt studentischen Wohnens und Wohnens für Auszubildende (Junges-WohnenRL 2023)
(Berichtsauftrag aus der 63. Sitzung der 12. WP am 16.06.1993)

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 1271 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89360 – Zuführungen an Unternehmen für Nachbarschaftsaktivitäten –

### Mitberaten wird:

Bericht SenStadt – IV A 28-Wo – vom 12.10.2023

Mittelverwendung der Zuführungen an

Unternehmen für Nachbarschaftsaktivitäten
gemäß Auflage B. 104 – Drucksache 19/0400 zum

Haushalt 2022/23

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 0526 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Neuer Titel – Zuschuss zur Förderung von Wohneigentum über die IBB –

### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 12
hier: Ifd. Nr. 14

Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 14 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Subjektförderung für Mieter beim Neubezug von Wohnraum –

### hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
Einzelplan 12
hier: lfd. Nr. 15
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 15 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

# Punkt 5 der Tagesordnung

# Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, in den Restelesungen bei Einzelplänen ohne Berichte oder Zurückstellungen auf die Anwesenheit politischer Vertretungen der jeweiligen Ressorts zu verzichten.